

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

1912

I. Erinnerungen Maximilian Heinrich Rüders aus der deutschen Bewegung der Jahre 1848 bis 1850. Herausgegeben von Archivar Dr. Paul Wentzke, Straßburg i. E.

I.

Erinnerungen Maximilian Heinrich Rüders aus der deutschen Bewegung der Jahre 1848 bis 1850.

Herausgegeben von Archivar Dr. Paul Wenßke, Straßburg i. E.

Halb mitleidig, halb verächtlich hat das deutsche Volk jahrzehntelang die Bewegung von 1848 betrachtet. Die Einen sahen in ihr nur den Ausbruch einer von außen in das deutsche Leben hineingetragenen internationalen Revolutionsstimmung. Die Anderen lächelten von oben herab über den Versuch der Reichsgründung, den die Paulskirche unternahm, als über eine bedauernswerte, aber unschuldige Verirrung des deutschen Idealismus. Erst den Forschungen eines jüngeren Geschlechts war es vorbehalten, Licht und Schatten in der Beurteilung der deutschen Revolution gleichmäßiger zu verteilen, die Paulskirche und ihr Werk *sine ira et studio* in den Rahmen der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu stellen. Heute ist es wohl allgemein anerkannt, daß unser Reich staatsrechtlich und politisch durchaus auf den Grundlagen steht, die die deutsche Bewegung von 1848 geschaffen hat. Ja — was sie schaffen wollte, erscheint in den inneren und äußeren Kämpfen der letzten Jahrzehnte wohl manches Mal wieder als begehrenswertes Ziel.

In kaum zu überschätzendem Maße hat sich die Nation in der Tat in den Jahren 1848 bis 1850 aus dem Zwange des alten Bundestages hinausgerungen zu neuer, freier Auffassung ihres politischen Lebens. Was ihr tragisches Geschick war, daß der theoretisch ausgebildete Doktrinarismus des deutschen Volkes damals an allen Ecken und Ranten zusammenstieß mit der Wirklichkeit des staatlichen Lebens, ward zugleich zum Segen für das kommende Geschlecht. In hartem Kampfe wurde vor allem der Gedanke an



einen engeren deutschen Bundesstaat geschaffen, der heute unser Reich zusammenhält.

Der wesentliche Träger dieser Neuschöpfung aber war die erste deutsche konstituierende Nationalversammlung. „Das Vorbild einer parlamentarischen Versammlung großen Stils, nennt sie mit Recht der Leipziger Staatsrechtslehrer Binding¹⁾, nicht nur durch die Universalität ihrer Aufgabe, durch die Fülle wahrhaft bedeutender politischer und oratorischer Talente, durch den Schwung ihrer Energie, den Adel ihrer Gesinnung, sondern auch durch den selbstlosen Respekt vor ihrer Aufgabe, durch die Klarheit staatsrechtlicher Erkenntnis und die Festigkeit des sittlichen Willens.“

Aber gerade in dieser Bedeutung der Versammlung liegt wieder eine besondere Schwierigkeit für den Historiker. Parlamentarische Körperschaften, ihre Zusammensetzung und ihre Bedeutung sowie ihre Arbeitsleistung richtig zu würdigen, ist überhaupt eine schwere Aufgabe. Immerhin erleichtern sonst zwei Elemente diese Arbeit: auf der einen Seite die Gegenwirkung der Regierung, die in ihrem Ursprung und in ihrer Tätigkeit in staatlichen Akten niedergelegt ist, auf der anderen die Tatsache, daß innerhalb der Versammlung die politischen Parteien die einzelnen Mitglieder zu größeren Gruppen unter einem festen Programm vereinigen. All dies fällt bei der Betrachtung und Beurteilung der Paulskirche fort. Ganz auf sich selbst gestellt schuf das Volk in den Märztagen eine Vertretung, der gegenüber sich die Regierungen erst nach und nach wieder festigten. Innerhalb der Nationalversammlung schlossen sich nur langsam und zögernd die Parteien zusammen, stets wechselnd nach dem Stand der Verfassungsfrage, zunächst ohne feste Organisation, Programm und Presse.

Unmittelbar auf die Betrachtung der Einzelpersönlichkeit wird so die Forschung geführt. Ihre Hilfsmittel und ihre Hauptquellen sind Briefe und Erinnerungen der Führer der Bewegung. Eine stattliche Anzahl solcher Veröffentlichungen liegt denn auch bereits vor, und jede neue Mitteilung bringt eine neue Schattierung in das Bild, das wir uns auf diesem Grunde ausmalen können. Eine

¹⁾ Karl Binding, Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche in den Jahren 1848 und 1849. 1892. S. 62.

weitere Bereicherung soll die hier gebotene Veröffentlichung bringen. In erster Linie wird sie das Verständnis der deutschen Bewegung erleichtern, darüber hinaus aber darf sie auch des besonderen Interesses eines engeren Kreises sicher sein; denn aus Oldenburg kam der Schreiber dieser Erinnerungen, in Oldenburg sind sie verfaßt, und als Oldenburger hat er ein gut Teil dazu beigetragen, in den Jahren 1848 bis 1850 die deutsche Einheitsbewegung ein gewaltiges Stück Wegs vorwärts zu schieben.

Als Sproß einer in Cutin angefahrenen oldenburgischen Beamtenfamilie wurde Maximilian Heinrich Rüder am 1. Oktober 1808 daselbst geboren. Nach erfolgreichem Besuch des Gymnasiums seiner Vaterstadt bezog er im Jahre 1827 die Universität Jena. Der Gründer der Jenaer Burschenschaft, Niemann, war in Cutin sein Lehrer gewesen; sein Oheim Friedrich August Rüder hatte nach den Befreiungskriegen zeitweise das Weimarer „Oppositionsblatt“ geleitet und war so auch den Jenaer Professoren aus der Jugendzeit der Burschenschaft nahegetreten. Von selbst ward damit der Schüler und Neffe den Bestrebungen der Burschenschaft zugeführt. Wissenschaftlich hielt sich der junge Student zunächst vor allem an die Vorlesungen des Historikers Luden und des Philosophen Fries, der ihm allerdings „zu hoch“ war. Besser verstand es Scheidler ihn zu fesseln: Ebenfalls einer der Gründer der Burschenschaft, der in der damals schon überwundenen altdeutschen Tracht, mit bloßem Hals und niedergeschlagenem Hemdkragen, auch als akademischer Lehrer den jungen Leuten nahe blieb und es nicht verschmähte, seine überlegene Körperkraft auf dem Fechtboden zu zeigen. Schon hier, im kleinen Kreise, zeigte Rüder, der bald zum engeren Verein innerhalb der Burschenschaft zugezogen wurde, sein Geschick als Leiter größerer Versammlungen. Seit Herbst 1828 war er ununterbrochen im Vorstand oder Ehrengericht. In hervorragender Stellung machte er die Trennung der „Arminen“ und „Germanen“ mit, wobei er sich auf Seite der letzteren stellte, die in der Form einer straff zusammengefaßten studentischen Verbindung die politische Ausbildung zur Erringung eines einigen Deutschland betonten. Als das bekannteste



und tüchtigste Mitglied der Burschenschaft sowie der ganzen Universität schildert der spätere Justizrat Gerlach¹⁾ in Altenburg den jungen Rüder: „Ein sehr groß und kräftig gewachsener Mann mit ernstem Gesicht, geistig vorzüglich begabt, gewandter Redner, fest, treu und entschieden und doch mild im Charakter.“ Die studentische Politik und schwere Krankheit verzögerte die Beendigung seiner rechtswissenschaftlichen Studien. Erst 1832 kehrte Rüder nach Cutin zurück, wo kurz vorher sein Vater gestorben war.

Als „Aktenprokurator“ schien er bald darauf nach erfolgreicher Prüfung zunächst einer sicheren Zukunft entgegenzugehen, als das Frankfurter Attentat die Aufmerksamkeit des deutschen Bundestages auf die „revolutionäre“ germanistische Richtung in der Burschenschaft lenkte. Rüder wurde in die Hochverratsprozesse einbezogen. Von Oktober 1834 bis Februar 1837 saß er in Cutin in Untersuchungshaft: in der Hauptsache, um der hohen Bundeszentralbehörde in Frankfurt ein sprechendes Beispiel für den Eifer der oldenburgischen Regierung zu geben. Das Urteil lautete endlich auf einjährige Festungsstrafe — die durch die Untersuchungshaft bereits als erledigt angesehen wurde —, weil er „wegen seiner Teilnahme an der Germania in Jena eines entfernten Versuchs des Hochverrats überführt zu achten sei.“

Nur „aus höchster Gnade“ wurde Rüder nach längerer Wartezeit 1840 zur Hauptprüfung und 1841 zur Advokatur in der Stadt Oldenburg zugelassen. Seine praktischen juristischen Kenntnisse hatte er bereits 1836 und 1837 durch Herausgabe einer zweibändigen Sammlung der Verordnungen des Fürstentums Cutin dargetan, die in der Muße der Untersuchungshaft entstanden war.

In Oldenburg selbst nahm er bald tätigen Anteil am öffentlichen Leben. Von 1843 bis 1851 führte er die Redaktion der „Neuen Blätter für Stadt und Land“, die nachdrücklich für eine ruhige Entwicklung des ständischen Lebens eintraten. 1851 sind sie in der Oldenburger Zeitung aufgegangen. Im folgenden Jahrzehnt, 1851 bis 1858, beteiligte sich Rüder lebhaft an den Verhandlungen des jungen Landtags, vor allem an den Beratungen

¹⁾ (G. H. Schneider), Die Burschenschaft Germania zu Jena. 1897. S. 146.



über eine neue Gerichtsverfassung. Diese Arbeiten führten ihn in den Staatsdienst, in dem er als Oberstaatsanwalt bis zu seinem Tode, 19. Dezember 1880, in Oldenburg wirkte.

Niemals vergaß Müder über dieser erfolgreichen Tätigkeit für das engere Vaterland die alte Sehnsucht nach Freiheit und Einheit in einem Deutschen Reiche. Was er als Burschenschaftler 20 Jahre zuvor erstrebt, schien endlich im März 1848 in Erfüllung zu gehen. Die Lebenserinnerungen, denen auch diese Einleitung bereits gefolgt ist¹⁾, leiten damit aus der Zeit studentischer Betätigung, aus der Vorbereitung für den Lebensberuf und endlich aus dem politischen Treiben Oldenburgs hinüber zur großen politischen Arena, auf der sich die für ganz Deutschland bedeutungsvollsten Kämpfe in den nächsten Jahren abspielen sollten. Eines besonderen Kommentars bedürfen sie nicht. Ich habe mich daher auf rein technische Veränderungen beschränkt: Abkürzungen aufgelöst, die Rechtschreibung einheitlich gestaltet, Eigennamen stillschweigend verbessert. Rein persönliche Bemerkungen, die nur für die Familie von Interesse sind, habe ich ausgeschaltet²⁾.

Für die Beurteilung ihres Wertes ist es von Wichtigkeit, daß die Aufzeichnungen erst Mitte der siebziger Jahre niedergeschrieben worden sind. Die Anmerkungen weisen sogar erst auf die letzten Lebensjahre (1877—1880) hin. Der Verfasser hat daher bei der Auffrischung seines Gedächtnisses außer eigenen Papieren vor allem die unten S. 22 aufgezählten Werke sowie die stenographischen Sitzungsberichte der Paulskirche benutzt. In Einzelheiten läßt sich besonders ein starker Einfluß der bereits 1849 veröffentlichten Erinnerungen Karl Wiedermanns erkennen. Trotzdem behalten Müders Nachrichten ihren selbständigen Wert, den richtig einzuschätzen allerdings eine besondere Abhandlung nötig wäre.

¹⁾ Vgl. auch die Skizze Mugenbechers in der Allgemeinen Deutschen Biographie 29, 455 u. f., die im wesentlichen dem von K. Wöbken verfaßten Nachruf in der Oldenburger Zeitung 1880 Nr. 306 und 1881 Nr. 1 folgt.

²⁾ Die von Müder selbst als Anmerkungen oder Nachträge hinzugefügten Sätze sind wie im Original durch a) oder *) bzw. **), meine sachlichen Erläuterungen durch Zahlen gekennzeichnet. Ergänzungen von meiner Hand sind in eckige Klammern geschlossen.



Sie werden jedenfalls bei der Beurteilung der politischen Arbeit der Paulskirche im einzelnen nicht zu übergehen sein.

Bevor ich aber den Abdruck beginne, möchte ich auch an dieser Stelle Herrn Geheimen Justizrat Rüder in Oldenburg, der mir die Erinnerungen seines Vaters zur freien Verwertung überließ, meinen herzlichsten Dank sagen. In diesem Gefühl weiß ich mich mit den oldenburger und deutschen Lesern und Benutzern ein.

I. Vorparlament und Fünfzigerausschuß.

Heft 8 der Erinnerungen.

Die Nachricht von der erfolgreichen Februarrevolution, so etwa beginnen hier die Aufzeichnungen Rüders, hatte wie in den übrigen deutschen Bundesstaaten auch in Oldenburg zündend gewirkt.

„An einzelnen Orten kam eine Bewegung in Volksversammlungen zustande, am lebhaftesten in Sever.“ Die Regierung des Großherzogs gab am 7. März eine Antwort ganz allgemeiner Art ab, die aber von der Menge als Zustimmung und Gewährung der freiheitlichen Forderungen aufgefaßt wurde. Erst am 10. März erschien, nachdem Abordnungen aus Oldenburger Handwerker- und Kaufmannskreisen und aus Severland erneut vorstellig geworden waren, eine Erklärung, daß dem Wunsche nach einer landständischen Verfassung entsprochen werden solle. Gleichzeitig wurde die Wahl von 34 Vertrauensmännern angeordnet. In einer Versammlung von Gemeindevertretern in Brake, in der Rüder den Vorsitz führte, wurden unter seinem Einfluß die Wünsche der einzelnen Kirchspiele zusammengefaßt. Von den hier und später in Oldenburg selbst formulierten Bitten sagte der Großherzog vor allem auch „die eingehende Mitwirkung zur Herstellung einer Volksvertretung“ dem Lande zu.¹⁾

Gleichzeitig hatten aber in Heidelberg 51 Wortführer des Volkes in Ständeversammlungen und in der Presse beschlossen, eine

¹⁾ In meiner „Kritischen Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—1851“, 1911, habe ich zwei Broschüren Wilhelm Friedrich Köhlers anführen können (Nr. 30 und 31), die auch eine Reform der deutschen Verfassung verlangen. In den nächsten Monaten und Jahren aber bleibt Oldenburg in dieser Beziehung merkwürdig stumm. Vgl. jetzt G. Rütting, Oldenburgische Geschichte II, 549 ff.

Versammlung von „Männern des öffentlichen Vertrauens“ selbstständig nach Frankfurt am Main zu berufen. Als solche kamen im Südwesten Deutschlands die Mitglieder der Landtage in Betracht. Wo eine solche Vertretung mangelte, wie in Oldenburg, mußte eine Wahl stattfinden. Ämterweise erfolgte sie dann auch hier: Rüder wurde zum Abgeordneten zum Vorparlament bestimmt, der Obergerichtsadvokat Cropp in Oldenburg, der jetzt erst als Volksführer auftrat, zum Stellvertreter. „Ehe dies ermittelt war, und nachdem bekannt geworden, daß auch andere „durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichnete Männer“ als legitimiert angenommen würden, wählten auch Magistrat und Stadtrat von Oldenburg einen Abgeordneten, und deren Wahl traf ebenfalls Rüder.“ So konnten nebeneinander die beiden Erwählten der Ämter, Rüder und Cropp, das Großherzogtum in der Frankfurter Versammlung vertreten. In die bald darauf gewählte oldenburgische Ständeversammlung wurde Rüder gleichzeitig als Stellvertreter seines Freundes, des Hofrats v. Buttell in Oldenburg, gewählt. In der Nacht vom 29. auf 30. März reisten die beiden „deutschen“ Vertreter Oldenburgs nach Frankfurt ab.

„Bei wunderschönem Wetter, so setzt hier die Erzählung ein, fuhren wir am 30. März rheinaufwärts, die Städte waren mit Schwarz-Rot-Gold geschmückt; die vom Ehrenbreitstein wehenden Burschenschaftsfarben entlockten mir eine Träne des Schmerzes um die um dieser Farben willen mißhandelten Genossen. Die zuströmenden Reisenden waren erfüllt von den Tagesfragen und hatten die überschwenglichsten Erwartungen von der Versammlung, der ich entgegenreiste. Unter den Eindrücken der letzten Tage war ich zum Nachdenken über meine nächste Bestimmung wenig gekommen. Erst jetzt trat mir das Wohin? und mit welchen Mitteln? mahnend entgegen. Ich kann nicht sagen, daß ich zu Klarheit gelangt war, als wir, nach dem letzten Zuge in Castel angekommen, von da mit Extrapost fahrend, nach Mitternacht in Frankfurt ankamen, wo wir nach verschiedenen vergeblichen Versuchen in dem obskuren Augsburger Hofe eine gemeinschaftliche Dachstube fanden.

Andern Morgens zuerst in den „Römer“, wo eine Vorversammlung stattfand. Über Präsidentenwahl wurde gesprochen, eben



war v. Breidbach-Börresheim, den ich später näher kennen lernte, am Worte, um gegen die Wahl seines Schwagers Heinrich von Gagern, Premierministers in Darmstadt, zu sprechen. „Er will nicht, daß er sich abnutze,“ sagte einer im Geiste des Mißtrauens, das damals alles durchwehte. Als Kandidat dieser Versammlung wurde Mittermaier¹⁾ genannt, v. Jhstein²⁾ (äußerste Linke), R. Blum³⁾ (gemäßigte Linke), S. Jordan⁴⁾ (linkes Zentrum) und Dahlmann⁵⁾ (rechtes Zentrum) wurden als Vizepräsidenten bezeichnet. Die Vertretung einer Rechten wurde nicht für nötig gehalten. Durch Spalier der Bürgerwehr zogen wir in die Paulskirche, die von nun an über ein Jahr lang die Augen der Nation auf sich ziehen sollte. Smidt aus Bremen war Alterspräsident, die Wahlen erfolgten wie oben. Unter den gewählten Sekretären erkannte ich meinen Universitätsfreund Briegleb⁶⁾, der berühmtere war Heinrich Simon aus Breslau⁷⁾.

Die sogen. Siebenerkommission, aus den 51 Heidelbergern erwählt (Welcker⁸⁾, Römer⁹⁾, Gagern¹⁰⁾ u. a.), hatte in sechs kurzen Sätzen der Versammlung ein Verhandlungsprogramm vorgelegt: Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern, Senat der Einzelstaaten, ein aus „Urwahlen“ hervorgegangenes Volkshaus. Verzicht der Einzelstaaten auf Kompetenz im Heerwesen, in der diplomatischen Vertretung, der Zoll-, Handels-, Schifffahrts-, Münz-, Post- und Eisenbahngesetzgebung, Verbürgung der nationalen Frei-

¹⁾ Professor des Staatsrechts in Heidelberg.

²⁾ Hofgerichtsrat in Mannheim, Führer der Opposition in der badischen Kammer.

³⁾ Buchhändler in Leipzig, Führer der sächsischen Demokraten.

⁴⁾ Sylvester Jordan in Marburg, bekannt geworden durch seine Leidenszeit unter der kurhessischen Gewaltherrschaft.

⁵⁾ Professor in Bonn, Staatsrechtslehrer und Historiker, einer der Göttinger „Sieben“.

⁶⁾ Hofrat und Advokat in Koburg.

⁷⁾ Stadtgerichtsassessor in Breslau.

⁸⁾ Karl Welcker, Professor des Staatsrechts in Heidelberg, einer der Schöpfer des deutschen Bundesstaatsrechts.

⁹⁾ Staatsrat in Stuttgart.

¹⁰⁾ Heinrich von Gagern, früher Führer der Opposition in der hessischen Kammer, jetzt Ministerpräsident in Darmstadt.

heitsrechte, ein Bundesgericht. Die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden hätten eine „konstituierende Nationalversammlung“ einzuberufen, ein bleibender Ausschuß der gegenwärtigen Versammlung das Tun der letzteren¹⁾ zu kontrollieren.

Struve²⁾ stellte dem ein ultraradikales Programm gegenüber, worin beginnend mit der Abschaffung stehender Heere, der Heere von Beamten, der meisten Abgaben, des Adels, der Vorrechte des Reichthums, der Klöster, der Zensur usw. die nationalen Freiheitsrechte spezialisiert wurden. Schaffrath³⁾ wollte beide Anträge in eine Kommission verweisen, Eisenmann⁴⁾, von Afmann aus Braunschweig unterstützt, forderte Beschränkung darauf, wie das legale Parlament am sichersten hergestellt werde. Fr. Hecker⁵⁾ meinte, wir hätten Zeit genug, mehr zu beraten, denn das Volk verlange die Permanenz dieser Versammlung, unter lautestem „Bravo“ von den Tribünen. — Es war ein Appell an die Gemäßigten, sich zusammenzuschließen, und die Schaffrath'sche Kommission wurde verneint.

Welche Gebiete wählen zur deutschen Nationalversammlung? Die staatsrechtlich eigliche schleswigsche Frage wird, auf Schleidens⁶⁾ Antrag, rasch mit ja beantwortet. Ein unbekannter Mecklenburger und Radeau⁷⁾ wollen Ost- und Westpreußen hinzugezogen wissen, Junghanns aus Posen zieht dieses Großherzogtum mit in die Frage, wogegen der Radikale Leisler Polen, in den Grenzen von 1772, hergestellt wissen will. Gagern und Bernher⁸⁾ (von Nierstein) wollen der konstituierenden Versammlung die Legitimationsfrage ganz vorbehalten, wogegen R. Blum durchsetzt: Bei der Nationalversammlung sollen alle deutschen Bundesländer, mit Einschluß von

¹⁾ d. h. der Bundesversammlung.

²⁾ Führer der radikalen Linken in Baden, Organisator des Aufstandes von 1848.

³⁾ Stadtrichter in Neustadt (Königreich Sachsen).

⁴⁾ Arzt in Würzburg, einer der meistgenannten Märtyrer des bayerischen Despotismus.

⁵⁾ Führer der Radikalen in Baden.

⁶⁾ Führer der deutschen Partei in Schleswig.

⁷⁾ Führer der Demokraten in Köln.

⁸⁾ Gutsbefitzer in Nierstein, Freund Heinrich von Gagerns.

Ost- und Westpreußen, vertreten sein, sowie andere Länder deutscher Zunge, so lange sie mit andern Bundesländern staatlich verbunden sind. — Den Polenfreunden (Benedey¹⁾ usw.) wird die Genugtuung der Erklärung, es solle dahin gewirkt werden, daß die Wiederherstellung Polens erfolge.

Die Prinzipien bezüglich des Wahlrechts und der Wählbarkeit zur Nationalversammlung riefen viele Redner auf die Tribüne, man lernte von Closen²⁾, Wesendonck³⁾, Saup⁴⁾, Mor. Mohl⁵⁾, Buhl, Glaubrecht aus Mainz, Schaffrath aus Leipzig, Kieffer⁶⁾, Römer, R. Bogt⁷⁾, Freudentheil aus Stade, Kauschenplatt⁸⁾ u. a. bei dieser Gelegenheit kennen. Resultat: Wahlkreise von 50000 Einwohnern nach der Bundesmatrikel eingeteilt, die kleinsten Staaten erhalten je einen Abgeordneten, kein Zensus, kein Einfluß des Glaubens und der Standesvorrechte, die direkte Wahl im Prinzip anerkannt, aber Abweichung den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

Ein besonderer Kampf entspann sich darüber, ob die Ausführung dem Bundestage überlassen werden dürfe. Daß das zu verneinen, war stillschweigende Voraussetzung, Wurm⁹⁾ sprach es auch aus. Ein Ausschuß sollte ihn kontrollieren, von 15 Mitgliedern nach dem Vorschlage der Siebener-Kommission, von 50 Mitgliedern nach der Meinung vieler, die dieser Zahl zu bedürfen meinten, um die Majorität gegen den Gegenvorschlag zu gewinnen, der auf Permanenz des Vorparlaments bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung ging. Die radikale Partei, namentlich die Rheinländer, die in großer Zahl anwesend, wollte die Permanenz

1) Schriftsteller in Köln.

2) Seit März bayerischer Bundestagsgesandter, dann Bevollmächtigter bei der provisorischen Zentralgewalt.

3) Anwalt in Düsseldorf.

4) Geheimer Staatsrat in Darmstadt.

5) Schriftsteller in Stuttgart.

6) Vorkämpfer der Judenemanzipation in Hamburg.

7) Professor in Gießen.

8) Bekanntes politischer Flüchtling, wurde später Vorstand der Polizei in Frankfurt.

9) Professor in Hamburg.



und Friedr. Hecker war ihr Hauptredner. Nächst Welcker, der als Mitglied des Bundestages von vornherein verdächtigt wurde, dem die Galerien mit Geschrei ins Wort fielen, nahm ich zuerst gegen die Permanenz das Wort, nachdem drei Redner nacheinander für gesprochen hatten. Mit Hinweisung auf die Stimmung in Norddeutschland verneinte ich die Voraussetzung der Permanenten, daß Deutschlands Regierungen in Auflösung seien, — wir haben noch Regierungen und erkennen auch den Bundestag an, wollen auch diesen Mittelpunkt behalten, weil wir sein bedürfen. So eingeschüchtert war man, daß dies als ein mutiges Wort mit lautem „Bravo“ von den Gemäßigten aufgenommen wurde und mir noch später allerlei Komplimente eintrug. In Form eines Amendements sprach ich daneben die Erwartung aus, „daß die Männer aus der Bundesversammlung abberufen würden, welche durch Teilnahme an den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen das Vertrauen des Volkes verwirkt haben.“ In meiner Richtung sprachen noch Aug. Reichensperger¹⁾, Heckscher²⁾, H. v. Gagern, in der entgegengesetzten Richtung³⁾, von Ißstein, Leue⁴⁾, Raveaux u. a. Die große Majorität von 368 gegen nur 148 permanente Stimmen hatte Hecker gewiß nicht erwartet, als er namentliche Abstimmung verlangte.

Noch stellten Ißstein, Jacoby⁵⁾ und andere den verfänglichen Antrag, die Bundesversammlung solle sich von den Ausnahmebeschlüssen lossagen und die Mitwirker zu denselben entfernen, bevor sie die Gründung der Nationalversammlung in die Hand nehmen. Bassermann⁶⁾ amendierte „indem“, da in dem „bevor“ die Gefahr großer Verzögerung liege. Gagern, Closen, Rochau⁷⁾, Uhland⁸⁾, selbst Eisenmann und Benedey waren für das Amendement; aber Hecker und Strube kämpften eifrig dagegen und verließen mit

1) Kammerpräsident in Köln, der spätere Zentrumsführer.

2) Advokat in Hamburg.

3) Sächsischer Gutsbesitzer.

4) Appellationsrat in Köln.

5) Arzt und Führer der Demokraten in Königsberg i. Pr.

6) Buchhändler in Mannheim, Führer der Gemäßigten in Baden.

7) Gemäßigtliberaler Publizist und Politiker, persönlicher Freund Müders aus der „Germania“ in Jena.

8) Der schwäbische Dichter, Professor in Tübingen.



40—50 ihrer Anhänger die Versammlung. Jacoby, Vogt und Ißstein blieben, auch Blum und Raveaux; die Verhandlung ging fort.

Die Bundesversammlung beschloß noch selbigen Abends (2. April 1848), daß die beanstandeten seit 1819 erlassenen sogen. Ausnahmegesetze und Beschlüsse für sämtliche Bundesstaaten aufgehoben seien. Die „Epuration“ nahm raschen Fortgang, für Bayern trat Willich, für Kurhessen Sylvester Jordan, für Österreich von Schmerling, für Schleswig-Holstein v. Madai, für Sachsen Todt, für Braunschweig und Nassau Liebe, für Oldenburg usw. Mosle¹⁾, für Lübeck von der Hude²⁾ in den Bundestag ein; letztere beiden waren meine persönlichen Freunde. [Ein Ausschuß von 17 Männern des allgemeinen Vertrauens war von den Regierungen dem Bundestage zur Beratung über die Revision der Bundesverfassung zur Seite gestellt worden.]

Die Mitteilung jenes Beschlusses am 3. morgens veranlaßte Ißstein, zu erklären: nun falle der Grund weg, weshalb gestern viele seiner Freunde ausgeschieden seien; er bitte, deren Wiedereintreten zu genehmigen und bis zu deren Rückkehr die Ausschussswahl aufzuschieben. Obwohl dieser Zweck durchsichtig war, ging man versöhnlich darauf ein, auch hatten schon Beratungen über den Ausschuß stattgefunden, und glaubte man einer gemäßigten Majorität sicher zu sein.

Bevor sie wieder erschienen, wurde das Mandat des Ausschusses diskutiert, und wollten selbst gemäßigte Doktrinäre, wie der spätere darmstädtische Minister Jaup und Biedermann³⁾, daß eine Art magna charta, ungefähr das, was man später die Grundrechte nannte, hier schon festgestellt und der vollziehende Ausschuß instruiert werde, daran, z. B. bei Anordnung der Wahlen zur Nationalversammlung festzuhalten. Auch die Siebener-Kommission hatte unter I, II und IV dergleichen vorgeschlagen. v. Soiron, Advokat in Mannheim und Mitglied der badischen Kammer, schlug vor, von diesen Dingen „Umgang zu nehmen“, aber auszusprechen, „daß die

¹⁾ Über ihn und seine Tätigkeit in der deutschen Bewegung s. „Aus dem literarischen Nachlasse von J. L. Mosle“ 1879.

²⁾ Persönlicher Freund Mübers aus der „Germania“ zu Jena.

³⁾ Professor in Leipzig.

Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung zu überlassen sei.“ — Dieser Satz wurde sehr beanstandet. Soiron erläuterte: Die Versammlung soll eine wirklich konstituierende sein; der Antrag will ihr auch überlassen, wenn sie mit der Verfassung fertig geworden, darüber Verträge mit den Fürsten abzuschließen oder nicht. Der Beschluß, der im Augenblicke gelegen war, um der Beratung der Grundrechte durch eine Versammlung ohne legales Mandat vorzubeugen, ist später oft wiedergefäut worden, indem man aus dem „einig und allein“ herausdeutete: es darf kein Regierungsentwurf zugrunde gelegt, keinerlei Verständigung mit den deutschen Fürsten versucht werden. In einem Berichte, den ich Mitte April durch die Neuen Blätter an meine Wähler gelangen ließ, sprach ich aus: es würde zu bedauern sein, wenn der 17er Entwurf von Dahlmann und Genossen nicht der Beratung der Nationalversammlung zugrunde gelegt werden würde. Bekanntlich geschah es nicht, und konnte der aus der Initiative der Nationalversammlung hervorgehende Verfassungsausschuß erst nach Monaten stückweise seinen Entwurf vorlegen.

Die noch folgenden Verhandlungen hatten große Gegenstände, aber geringen Effekt. Biedermann, Beneden, Jaup, Zachariä¹⁾, H. Blum, (der wieder erschienene) Hecker, Mor. Mohl, B. Auerbach²⁾, Svlv. Jordan, Brockhaus³⁾, Reichensperger u. a. beteiligten sich. Ich nenne die Namen, um den Reichtum auch dieser wieder wilden Versammlung anzudeuten. Gegen 2 Oesterreicher und nur 135 Preußen waren 83 Hessen=Darmstädter, 72 Badenser, 26 Nassauer und 12 Stadt Frankfurter in derselben.

Bei der Wahl in den Ausschuß der Fünziger waren die beiden einzigen Oesterreicher, der ultraradikale Dr. Wiesner⁴⁾ und der aristokratische Graf Bissingen (später Statthalter von Tirol)*)

1) Professor des Staatsrechts in Göttingen.

2) Berthold Auerbach, der Dichter der Schwarzwälder Dorfgeschichten.

3) Verlagsbuchhändler in Leipzig.

4) Schriftsteller in Wien.

*) Noch später als württembergischer Grundbesitzer Mitglied des Deutschen Reichstages.



einer großen Stimmenzahl sicher. Von demokratischen Preußen kamen Jacoby, Abegg, Raveaux, Benedey, von gemäßigten oder konservativen Wedemeyer (=Schönrade), Pagenstecher¹⁾, Wilhelmi, Catto²⁾ und Stedmann³⁾ hinein. Ich war der 28. und hatte 321 Stimmen. Der letzte war der Kanzler von Wächter von Tübingen, ein gediegener Gelehrter und Staatsmann, mit 190 konservativen Stimmen gewählt*). Hecker hatte nur 171, Karl Vogt 146 Stimmen.

Der Ausschuß konstituierte sich am 4. April, wählte Soiron zum Präsidenten, Blum zum Vizepräsidenten, Heinrich Simon, Mor. Briegleb, R. Biedermann und andere zu Sekretären. Gegen das Ende wurde auch ich, für einen Ausgeschiedenen, zum Sekretär gewählt.

Der Ausschuß war kein getreuer Abdruck der Versammlung, in der trotz allem die Gemäßigten vorherrschten. Bei der Wahl berühmte Liberale, wie Isstein, Joh. Jacoby, R. Blum, Fr. Raveaux und Jak. Benedey zu übergehen, hatte man sich doch nicht entschließen können. Als unbedingt Zuverlässige der gemäßigten Partei waren zu bezeichnen: von Wächter, der auch die anderen Württemberger Schott⁴⁾, Murschel⁵⁾ und Mack (Prof. der kath. Theologie) an uns hielt, Gr. Bissingen, Wedemeyer, Wilhelmi, Senator Duckwitz⁶⁾, v. Soiron, Schleiden, Mathy⁷⁾, Stedmann, Siemens (i. Amtsrichter in Hannover)⁸⁾, Jürgens⁹⁾, Zachariä, Wippermann¹⁰⁾, Hergenbahn¹¹⁾, Buhl, Kirrulff (i. Oberappellationsgerichtspräsident in Lübeck)¹²⁾, Mappes, Pagenstecher, Briegleb, Rüder. — Als

1) Arzt in Elberfeld.

2) Aus Trier.

3) Gutsbesitzer bei Koblenz.

*) Wächter ist Mitte Januar 1880 als Professor in Leipzig gestorben, wo er, 83 Jahre alt, fast bis zuletzt „gelesen“ hatte.

4) Professor in Stuttgart.

5) Rechtskonsulent in Stuttgart.

6) Senator in Bremen.

7) Führer der Gemäßigten in Baden.

8) Damals Stadtgerichtsassessor in Hannover.

9) Pastor in Stadtoldendorf.

10) Regierungsrat in Kassel.

11) Präsident in Wiesbaden.

12) Damals Oberappellationsrat in Rostock.

schwankende Charaktere, die immer nach den künftigen Wählern zum Parlament hinhorchten, waren Freudentheil aus Stade (das künftige Urbild des „Herrn Piepmeyer“)¹⁾, Wiedermann aus Leipzig (ein politischer Kopf) und Hecksher aus Hamburg (später Reichsminister) zu bezeichnen. Völlig unberechenbar waren Dr. Schneller aus Mecklenburg und sein Freund Dr. Behn aus Lübeck (j. Eisenbahndirektor), Gülich aus Schleswig, Reh aus Darmstadt; letzterer, der im vorletzten Stadium der Nationalversammlung ihr Präsident, und zwar auf meinen Vorschlag, wurde, war ein liebenswürdiger, wohlbedenkender, aber mitunter von gemüthlichen Eindrücken beherrschter Mann. Seine Frau, eine Polin, soll großen Einfluß auf ihn gehabt haben.

Die Phalanx der Besonnenen zusammen zu halten, hatte der Braunschweiger Jürgens, Dr. der Philosophie und Pastor in Stadtoldendorf, nicht unerhebliche Verdienste. Um seinen Kaffeetisch versammelt, pflegten wir zu besprechen, wie die Aufgabe des Ausschusses zu lösen, Unfug zu verhüten, irgend einem Unternehmen, das auf Übereumpelung abzielte, zu begegnen sei. Hier wurden auch die nachrückenden Österreicher, Prof. Endlicher, Magerle von Mühlfeld und Hornbostl (später Handelsminister in Wien) geworben. Von hier aus hielt man Fühlung mit den eifrig an ihrem Verfassungsentwurf arbeitenden „Vertrauensmännern“. — Unsere schwache Majorität wurde mehrmals gefährdet durch Abgang. Zwar widerstand Coiron der Versuchung, badischer Justizminister zu werden, und wurde Mathy, als er ins badische Ministerium, als Staatsrat ohne Portefeuille, eintrat, uns nicht ganz entfremdet; zwar traten Hergenhahn, als er nassauischer Premier wurde, und Wippermann, als Kurhessen ihn als Finanzminister rief, nicht aus (sie blieben, weil bei ihrer Resignation Hecker einzuberufen gewesen wäre); aber Zachariä widerstand nicht, als ihn Hannover unter die „Vertrauensmänner“ stellte. Da waren nun ein Hilfsmittel die Deputationen, die nach den Rheinufeln, um sozialistische Bewegungen zu kalmieren, nach dem badischen Oberlande, um von dem landesverrätherischen

¹⁾ Der Typus des gefinnungslosen Politikers, der ängstlich und scheu nur nach dem Willen der Wähler forscht, humoristisch verherrlicht vor allem von dem Hannoveraner Detmold.

Treiben abzumauern, abgeordnet wurden, und zu denen sich die Behne, Naveaux, Blum, Benedey, Spatz u. a. gern wählen ließen. Sie legten dann die schwarzrotgoldene Schärpe an, hielten viel Reden; und da sie immer viel verständiger waren als die südwestdeutschen Massen, so schaden sie dort weniger, als auf ihren Sitzen in Frankfurt. — Einer der feinsten politischen Köpfe in unseren Reihen war Franz Peter Buhl aus Weidesheim, der im Koch-Gontardschen Hause Gastfreund war. Seine politische Rolle hatte er damals in Baden gespielt, wo er auch einmal über das andere, als Stellvertreter Heckers, in die Nationalversammlung gewählt wurde, in die er aber niemals eintrat. (Sein Sohn war in den 70er Jahren im Reichstag.)

Buhl erhielt auch einmal eine Mission in das Hauptquartier des neuernannten badischen Generals v. Gagern. Unsere Absicht dabei war, daß er dem seinen eigenen Leuten Unbekannten mit seiner Popularität zur Seite stehen sollte.

Der Fünzigerausschuß setzte eine Wahlkommission [ein], mit der Bestimmung, das Tun und Lassen der Einzelregierungen in der Vorbereitung der Wahlen zu überwachen. Ich war Mitglied dieser Kommission, neben Jacoby, Blum und noch zwei anderen. Hier wurden die erlassenen Wahlgeseze geprüft, von hier aus Reklamationen dagegen zum Vortrag gebracht. Die Wahl eines Abgeordneten für Knipphausen, die Graf Chr. Bentinck eifrig betrieb¹⁾, hatte uns zu beschäftigen, auch eine Petition aus Birkenfeld, welches einen besonderen Abgeordneten verlangte.

Hauptmomente in den Ausschußverhandlungen waren: die Mahnung an die preußische Regierung, den Schleswig-Holsteinern zu helfen. Mathy und Schleiden wurden diesmal nach Berlin entsendet. Ersterer hatte damals schon die Verhaftung des Revolutionsboten Fickler²⁾ auf eigene Verantwortung vollführt, ungeachtet dieser

¹⁾ Zu dem seit 1829 beim Oberappellationsgericht zu Oldenburg schwebenden Bentinckschen Erbfolgestreit traten damals beide Parteien an die Volksvertretung und an den „gereinigten“ Bundestag mit einer Fülle von Denkschriften heran.

²⁾ Mathy hatte Fickler auf dem Karlsruher Bahnhof, als er ins Bodenseegebiet abreisen wollte, auf eigene Verantwortung verhaftet.

ein alter Genosse und Duzbruder war, und war diese Tat ein Empfehlungsbrief in den konservativen Kreisen, wo Mut nicht sehr zu Hause war. Die beiden hatten Gelegenheit, über die erstürmten Dannevirke auch nach Schleswig zu gelangen. — Dann gelang es, durch eine Erklärung gegen die durch den Vereinigten Landtag zu bewirkenden Wahlen zur Nationalversammlung die preußische Regierung zu einer Änderung des Wahlgesetzes zu bewegen. — Dieser Vorgang mußte wieder die Folge haben, daß der Ausschuß sich mit Verschiebung der Eröffnung der Nationalversammlung einverstanden erklärte. Die Linke wollte davon nichts wissen — wir vermuteten, weil sie annahm, daß die preußischen Wahlen nicht in ihrem Sinne ausfielen —, wir aber setzten es durch. — Ein tragisches Intermezzo war es, als die Nachricht von der Erschießung des Generals Fr. v. Gagern durch die Heckerischen Freischaren¹⁾ einlief, und Stedmann, ein persönlicher Bekannter des Gemeuchelten, die Versammlung aufforderte, durch Erhebung von ihren Sitzen ihre Teilnahme und ihren Abscheu „vor der meuchlerischen Rotte“ zu erkennen zu geben. Man sagte, nur Jacoby sei sitzen geblieben; ich selbst habe es nicht beobachtet. —

Am meisten Lärm machte ein Antrag des hessen-darmstädtischen Gesandten v. Lepel, der in einer vertraulichen Sitzung der Bundesversammlung ein Promemoria verlesen hatte, in welchem für den Fall, daß eine bereits beantragte Bundes-Exekutivbehörde von 3 Männern nicht zustande käme, doch eine Regierungskommission von 3 oder 5 Männern für nötig erklärt wurde, „um eine einheitliche Leitung in die Verhältnisse zur Nationalversammlung zu bringen.“ Woran die Bundesversammlung am 4. Mai den Beschluß geknüpft hatte, die Regierungen zu ersuchen, „den Gesandten ausgedehnte Vollmachten in Beziehung auf die Verhandlungen mit der Nationalversammlung zu erteilen.“ — Ob der Sachse Todt oder der weimarische Staatsrat v. Wydenbrugk, der sich schon damals in Frankfurt aufhielt, dies Promemoria, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, mitgeteilt hatte, ist vielleicht noch nicht erwiesen; genug, der Vizepräsident Abegg, der nicht selten das Organ der

¹⁾ Auf der Scheideck bei Randern im badischen Oberland.



Wünsche von H. Simon und Jacoby war, brachte es in den Ausschuß; Stellen, die reaktionärer Tendenz zu sein schienen, waren unterstrichen usw. Ein Bornesausbruch stand bevor — und doch war die Sache ganz vernünftig. Es sollte protestiert und die immer noch nicht epurierte Bundesversammlung (Colloredo, Dönhoff, Both, Winkingerode und Holzhausen hatten noch mit beschlossen — die vier ersten wurden bald durch v. Schmerling, Lud. Camphausen, Mosle und Liebe ersetzt) der öffentlichen Meinung denunziert werden. Unser „Casé Fürgens“ wollte zur Tagesordnung übergehen und trug mir die Begründung des Antrags auf. Sie soll zu scharf, wegen der von ihr vorgenommenen kleinen Fälschungen sogar die Linke verletzend ausgefallen sein. Jedenfalls unterlagen wir und wurde beschlossen, den Protest zu erheben, da das Promemoria der konstituierenden Nationalversammlung ihren Charakter als solcher abspitze und doch zur gutfindenden „Kenntnisnahme“ den Regierungen mitgeteilt sei.

Hätte ich die Zukunft kennen können, so würde ich wirksam so argumentiert haben: der Entwurf der Siebzehn ist fertig, ein Entwurf, der „wegen der Großartigkeit der Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die nur aus echt deutschem Herzen entsprungen sein könne“, vom Prinzen von Preußen anerkannt ist und damit eine mächtige Fürsprache für seine Verwirklichung erlangte. Hat er Fehler, so ist ja die Nationalversammlung als konstituierende anerkannt und kann daran ändern. Existiert nun eine Repräsentation der Regierungen, die berechtigt ist, mit der Nationalversammlung zu verhandeln, so ist die Gefahr vermieden, daß der Entwurf als nicht existierend behandelt werde und die Nationalversammlung in den ersten Monaten, statt an der Verfassung Deutschlands, an Allotrien sich abarbeite; so kann schon Schritt vor Schritt bei der Verfassungsarbeit auf das Einvernehmen der Regierungen hingewirkt und dasselbe durch Erklärungen der Regierungen fixiert werden. Im entgegengesetzten Falle kann die Nationalversammlung 11 Monate an der Verfassung arbeiten, inzwischen aber die Reaktion so erstarft sein, daß die Regierungen, oder einzelne einflußreiche derselben, das Werk verwerfen und die Nationalversammlung nach Hause schicken.

Ich wurde (12. Mai) von den Rednern der Tagesmehrheit und von den Zeitungen als Reaktionär verarbeitet. Erste Folge davon war eine erste Mißtrauensadresse von meinen Wählern in Stollhamm.

Bei Schluß des Fünzigerausschusses erstattete die Bundesversammlung einen Bericht über jene Händel mit dem Ausschusse, der letztere einen andern über seine ganze Wirksamkeit. Er hatte von 6 Deputationen (s. o.), 4 Proklamationen, von Beschlüssen bezüglich des Bundesgebiets (Wahlen in Ostpreußen und Schleswig), bezüglich der Wahlen, betreffs Niederhaltung der Reaktion (Kurhessen) und Anarchie (Baden, Aachen usw.), betreffs der gedrückten Lage von Handel und Gewerbe und Anderem zu berichten. In der „Arbeiterkommission“ befand auch ich mich. Sie erstattete, aus Duckwitz's Feder, am 12. Mai einen recht verständigen Bericht an den Ausschuß*).

In Oldenburg war inzwischen die Wahl von 4 „Nationalvertretern“, unter den Umständen, welche die 3 Provinzen bedingten, zustande gekommen¹⁾. Man hatte in Zusammenkünften in Oldenburg, Barel, Ahlhorn vielfach transigiert, und so kam denn eine Wahl zustande, infolge davon, mit Ausnahme von Buttels und meiner, die Oldenburger in allen Hauptfragen auseinander und gegeneinander stimmten. Ich hatte fast alle Stimmen, nur den Severanern war ich nicht „entschieden“ genug**). — Nun war es nötig, auf kurze Zeit nach Oldenburg zu gehen, um meine Angelegenheiten zu ordnen. Ich referierte bei dieser Gelegenheit auch mündlich im oldenburgischen Kasino über meine Beobachtungen. Schriftlich hatte ich, im April, in den Neuen Blättern über das Vorparlament berichtet. Dieser Bericht vervollständigte die Zeitungsnachrichten kaum anders, als durch Hervorhebung meiner persönlichen Stellung zu den verhandelten Gegenständen.

*) Duckwitz hat in seinen gedruckten Erinnerungen manches über die Arbeiterkommission mitgeteilt. Die humoristische Färbung dieser Mitteilungen stammt aber nicht aus 1848.

¹⁾ Gewählt waren v. Buttell, Mölling, Müder und Tappehorn.

***) Irrig; ich hatte auch alle 41 Severische, im Ganzen 434 Stimmen, und Buttell hatte 303, Mölling 260 Stimmen.



Ich wurde sine voto zu einer ersten Versammlung der 34 oldenburgischen Vertrauensmänner zugezogen, welche sich mit der Frage beschäftigte, ob die oldenburgische Verfassung auf die neue Bundesverfassung warten könne. Ich sprach mich dahin aus, daß ein solches Verschieben dem Sinne des Fünzig-Ausschusses entsprechen würde, aber gewagt sei. Wenn, wie zu befürchten, der Entwurf der Siebzehn von Niemandem, der Versammlung gegenüber, werde vertreten werden, so werde lange Zeit nötig sein, bis aus dem Chaos der verschiedenen Projekte eine brauchbare Verfassung hervorgehe. Man blieb bekanntlich dabei, nicht zu verschieben.

Mit dieser keineswegs sanguinischen Erwartung kehrte ich nach Frankfurt zurück, auf dem Rheine die erste Bekanntschaft mit meinem Freunde Gustav Langerfeldt aus Braunschweig¹⁾ knüpfend. Denn während wir noch 14 Tage Ausschuß spielten, sammelten sich schon die National-Vertreter mit Mandat, welche anfangs darauf gefaßt gewesen waren, zum 1. Mai zu beginnen, während allerdings, hauptsächlich der preussischen und österreichischen Wahlen wegen, die Eröffnung der Versammlung erst am 18. stattfand.

Ich vertauschte meine bescheidene Kneipe²⁾ in der Gallusgasse, auf den Rat Aug. Boden's (eines Literaten aus dem Oldenburgischen, der sich in Frankfurt eingebürgert hatte), mit einer besseren an der Mainzer Chaussee. Mein Wirt war der ansehnliche Kaufmann Böhler, ein geborener Sachse, der mit den sächsischen Radikalen Todt, Eisenstuck usw., sowie durch seine Frau, eine hübsche Schwäbin, mit der Württemberger Linken, Ködinger, Tafel, Feßer in Beziehungen stand. Dadurch kam ich mit diesen ein paar Mal in gefellige Berührungen. Sonst entwickelten sich meine geselligen Beziehungen in Frankfurt, in dem nun folgenden einjährigen Aufenthalte, mehr auf der Rechten. Boden selbst war ultra-konservativ, durch ihn kam ich zur Bekanntschaft mit Dr. Fritz Schlemmer, einem liebenswürdigen, feingebildeten Rechtskonsulenten. Schlemmer war in der Frankfurter Wahl gründlich durchgefallener Kandidat der konservativen Partei gewesen. Seine Ansichten waren aber

¹⁾ Oberlandesgerichtsrat in Wolfenbüttel.

²⁾ „Kneipe“ im damaligen Sinne von Studentenbude.

wesentlich mit den meinigen übereinstimmend; er war durch und durch deutsch, hat später beharrlich zur sogenannten Gothaer Partei gehalten und 1866, unter großen Anfeindungen in seiner Vaterstadt, treu Farbe bekant. Andere, die sich an mich drängten, wie Bankier Moriz v. Haber, oder Graf Charles Bentinck, der mich für seine Kniphäuser Pläne zu benutzen wünschte, erwähne ich hier, um nicht darauf zurückzukommen. Später, als meine Frau zu mir kam, hatten wir mit Schlemmers und deren meist liebenswürdigen Verwandten, sowie mit der Familie Koch-Gontard¹⁾, mit der ich zuerst durch Buhl bekant wurde, Umgang, außerdem natürlich im Kreise von Abgeordneten-Familien.

Der Rechtstitel des Vorparlaments und des Fünfziger-Ausschusses war offenbar ein sehr schwacher. Moralisch und politisch gerechtfertigt waren sie durch die Haltlosigkeit der deutschen Regierungen, äußerlich sanktioniert durch die Stellung, welche der Frankfurter Senat (welcher die Geschäftskosten vorschob), der Bundestag (welcher sich in Geschäftsbeziehungen zu beiden setzte) und die Regierungen (welche mehrfach ihre Beschlüsse vollzogen) zu ihnen einnahmen. Dennoch wären, wenn die Reaktion einen rascheren Verlauf genommen hätte — oder statt bis zu Manteuffel, bis zum Fürsten Metternich zurückgegangen wäre —, die Faiseurs vom März und April 1848 wahrscheinlich in den Festungen in Sicherheit gebracht. Hätte die gemäßigte Mehrheit den revolutionären Strom im Südwesten nicht einigermaßen gezügelt und eingedämmt, so würde derselbe, weit mehr noch als dies ein Jahr später durch die Aufstände in Sachsen, Baden und der Pfalz geschah, der Wiederherstellung des Absolutismus gedient haben. Im April 1849 war in Preußen die oktroyierte Verfassung in anerkannter Geltung, hatte die Reichsverfassung und das Angebot der Kaiserkrone das preußische Primat sanktioniert und manchem Einzelstaate Zeit gelassen, eine Verfassung zu gründen, oder die bestehende zu einer, wenn auch nicht anerkannt wirklichen Reichsverfassung in ein Verhältnis zu setzen.

So geschah es namentlich auch in Oldenburg, wo neben der Nationalversammlung im Winter 1848/49 der Vereinbarungs-

¹⁾ Vgl. dazu L. Mathy, Aus dem Nachlaß von R. Mathy S. 166; B. v. Pastor, Max von Gagern S. 304 Anm.

Landtag eifrig mit der Regierung gearbeitet hatte, und am 18. Februar 1849 ein Staatsgrundgesetz promulgiert wurde, in welchem zwar einige Schwierigkeiten unserer Partikular-Zustände unüberwunden blieben, das aber doch die Keime mancher gedeihlichen Entwicklung enthielt. Eine gewisse Beruhigung trat ein, die aber, infolge des unterbrochenen Abschlusses der deutschen Wirren, später wieder in Unruhe und Parteikampf umschlug.

II. Die deutsche Nationalversammlung.

Heft 9 der Erinnerungen.

Ich mache keinen Versuch, die Geschichte der Versammlung zu schreiben, in der ich, über meine Fähigkeiten hinaus, eine gewisse Rolle spielte. In mehr oder weniger gelungener Weise haben dies fünf Männer meiner persönlichen Bekanntschaft getan: R. Fürgens¹⁾, H. Laube²⁾, K. Biedermann³⁾, M. Duncker⁴⁾ und Drohsen⁵⁾, denen man noch Hahn (Parteibericht des Kasino-Klubs)⁶⁾ und G. Frehtag (in Mathys Leben)⁷⁾ anschließen kann. Ich habe von Anfang bis zu Ende, d. h. dem Auszug nach Stuttgart, fleißig mitgewirkt, mir keine 3 Reisetage gegönnt, wenn die Sitzungen nicht ausgesetzt waren, und kam nach den aufreibenden 14 Monaten mit grau melierten Haaren, obgleich erst 41 Jahre alt, nach Oldenburg zurück. Dennoch möchte ich das Ringen nach politischer Klarheit nicht missen; die gemeinschaftliche Arbeit hat mich wackeren Männern fast so eng verbunden, als die phantastischeren Strebungen der Burschenschaft.

Nicht zufällig war es, daß ich manchem aus meiner Burschenschafts-Bekanntschaft begegnete: Suchs⁸⁾, Titus⁹⁾, Gehner¹⁰⁾, Vogel

¹⁾ Zur Geschichte des Deutschen Verfassungswerkes 1848—49. 1850. 1857.

²⁾ Das erste deutsche Parlament. 3 Bde. 1849.

³⁾ Erinnerungen aus der Paulskirche. 1849.

⁴⁾ Zur Geschichte der Deutschen Reichsversammlung in Frankfurt. 1849.

⁵⁾ Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte. 1849.

⁶⁾ Die deutsche Nationalversammlung. 3 Abt. 1848. 49. 50.

⁷⁾ Karl Mathy. 3. Ausgabe. 1888.

⁸⁾ Advokat in Frankfurt, Vertreter für Frankfurt.

⁹⁾ Advokat in Bamberg, Vertreter für Bamberg.

¹⁰⁾ Regierungsrat in Wiesbaden, 5. Nassauischer Wahlkreis.

(von Guben ¹⁾, Benedey ²⁾, Ziegert ³⁾, Fischer ⁴⁾, Briegleb ⁵⁾, Compes ⁶⁾, Grumbrecht ⁷⁾ — später Leverkus (der als Stellvertreter eines rheinischen Deputierten eintrat ⁸⁾, Schlutter ⁹⁾, Ender ¹⁰⁾ — hatten das Recht, mich mit dem burschenschaftlichen Du zu begrüßen. Wenn wir unser burschenschaftliches Streben in eine staatsrechtlich-doktrinäre Formel kleiden wollten, sagten wir: Die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat sei unser politisches Ziel. Und das war ja auch der ausgesprochene Zweck der Nationalversammlung. Das Jahr 1848 hat die Idee des einheitlichen Bundesstaats nicht erzeugt; sie ist bedeutenden Geistern des zweiten und dritten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts zu danken, deren einige, wie Paul Pfizer ¹¹⁾, in unserer Mitte waren. Sie, diese Idee, war dann von der Burschenschaft aufgenommen, genährt und in weitere Kreise übertragen. Kein Wunder, daß jetzt, wo ihr zur Realität verholfen werden sollte, die Burschenschafter fast über Verdienst in den Vordergrund traten. Am gesuchtesten waren die Flüchtlinge Benedey, Schüler ¹²⁾, J. G. A. Wirth ¹³⁾, nach ihnen kamen die Verfolgten der Reaktion, besonders wenn sie in den letzten Jahren in der Presse mit Erfolg gewirkt hatten (Blum ¹⁴⁾, H. Simon ¹⁵⁾, Mathy ¹⁶⁾, Gerwinus ¹⁷⁾, Schufelka ¹⁸⁾ u. a.). Mathy jedoch, in Baden unpopulär

¹⁾ Rektor in Guben, 25. brandenburgischer Wahlkreis.

²⁾ Vertreter für Hessen-Homburg.

³⁾ Regierungsrat in Minden, Vertreter für Minden.

⁴⁾ Professor in Jena, 4. Sachsen-Weimar. Wahlkreis.

⁵⁾ Vertreter für Koburg.

⁶⁾ Advokat in Köln, Vertreter für Siegburg.

⁷⁾ Advokat in Lüneburg, 12. hannoverscher Wahlkreis.

⁸⁾ Archivar in Oldenburg, Vertreter für Lemmer.

⁹⁾ Privatgelehrter, Vertreter für Altenburg.

¹⁰⁾ Aus Tiefenort, Vertreter für Eisenach.

¹¹⁾ Staatsrat in Stuttgart, Vertreter des württemb. Neckarkreises, Verfasser des „Briefwechsels zweier Deutschen“.

¹²⁾ Aus Zweibrücken, Vertreter für Lauterecken (Pfalz).

¹³⁾ Aus Hof, Vertreter für Neuß-Schleiz-Lobenstein, starb bereits am 26. Juli.

¹⁴⁾ Vertreter für Leipzig.

¹⁵⁾ Vertreter für Magdeburg.

¹⁶⁾ Vertreter für Calw (Württemberg).

¹⁷⁾ Professor in Heidelberg, Vertreter für Banzenleben (Preußen).

¹⁸⁾ Schriftsteller in Kloster-Neuburg, Vertreter für Kloster-Neuburg.

geworden¹⁾, mußte einen obskuren bayerischen Wahlkreis auffuchen.²⁾ J. G. v. Wächter³⁾ in Kniphausen zu plazieren, bemühte ich mich vergebens.

Man kann heute sagen, daß die Schwierigkeiten der Aufgabe so waren, daß sie unlösbar wurden; damals schienen sie uns nur sehr groß. Eins von den augenscheinlichsten Hindernissen war die Gleichzeitigkeit zweier (oder, wenn Wien gezählt werden soll, dreier) großer Versammlungen⁴⁾. Am 18. Mai trat die Frankfurter, am 22. die Berliner Nationalversammlung zusammen, beide um Verfassungen zustande zu bringen. Erstere konnte nur eine unklare Vorstellung von ihrer Aufgabe haben, letztere hatte wenigstens konstitutionelle Vorbilder, ihr war ein Entwurf vorgelegt, und das Ministerium L. Camphausens, damals noch einflußreich auf die Krone, war guten Willens, wenn auch nicht allzu tatkräftig. Hätte man in Berlin rasch gemacht, begriffen, daß im Juni, außer etwa in der Hauptstadt, in Preußen die Revolution bereits geschlossen war, sich mit einigen Verbesserungen des von Camphausen vorgelegten Entwurfs begnügt, und für Aufnahme des Verhältnisses zur Reichsverfassung der Zukunft etwas vorbehalten: so hätte man Preußen viel innere Kämpfe gespart und würde dem Frankfurter Werke eine kräftige Stütze, in dem geordneten Verfassungsstaate Preußen, geschaffen haben. In Frankfurt war alles schwieriger, nicht einmal die geographischen Grenzen des Bundes Deutschlands standen unanfechtbar fest, keine Regierungsvertretung stand der Versammlung gegenüber, keine Geschäftsordnung war gegeben, am wenigsten ein Verfassungsentwurf, denn den Entwurf der Siebzehn, den die radikale Presse nichtswürdig behandelt hatte, wagte der Bundestag nicht vorzulegen.

Tumultuarisch waren die ersten Sitzungen. Der 70jährige Lang aus Verden als Alterspräsident hatte wohl Stimme, aber keinerlei Autorität. Die Greise täuschten sich überhaupt über ihr Können, arbeiteten sich ab und verschwanden nach einiger Zeit

¹⁾ Vergl. oben.

²⁾ Irrtum, s. Anm. 16 S. 23. Wohl Verwechslung mit Wassermann.

³⁾ Vergl. oben S. 14 und 16.

⁴⁾ Vgl. über den Widerstreit zwischen der preussischen und deutschen Nationalversammlung jetzt Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 2. Aufl. S. 347 ff.

(so: Behr ¹⁾, von Lindenau ²⁾, Blumröder ³⁾, J. Grimm ⁴⁾); nur Zahn ⁵⁾, E. M. Arndt ⁶⁾ und Grävell ⁷⁾ hielten aus. Eine provisorische Geschäftsordnung wurde angenommen, eine provisorische Präsidentenwahl beliebt. In den Vorbesprechungen, wo die Linke dominierte, war Soiron ⁸⁾ in den Vordergrund gestellt. Als neben ihm im „Holländischen Hofe“ Gagern genannt wurde, und einer gegen ihn geltend machte, er sei ja Minister eines Einzelstaates, bemerkte H. Simon: „als ob Darmstadt ein Staat wäre.“ v. Soiron war nicht eigentlich der Mann der Linken, aber er repräsentierte gewissermaßen das Vorparlament, und den Fünfziger-Ausschuß. Sein „Einzig und Allein“ schrieb die Linke auf ihre Fahne, indem sie einfach den Sinn, in welchem es beantragt und beschlossen war, auslöschte. — Ich ging von da in den Darmstädter Hof, wo die Rechte prävalierte. „Wollt Ihr Soiron, teilte ich mit, so geht er fast einstimmig durch.“ Er selbst war zugegen und sprach gegen sich selbst: ich bin ein gewöhnlicher badischer Demagog, den nur die jüngsten Tage ein bißle gehoben haben; zum Präsidenten muß die Nationalversammlung einen größeren Namen haben. So wurde Heinrich v. Gagern, obwohl Freiherr und hessischer Premier, Kandidat und am 19. Mai wirklich, zuerst mit 305 Stimmen, gewählt.

Gagerns mächtige Gestalt, seine volle, tönende Baßstimme, seine Offenheit, sein sittliches Wesen („jeden Zoll ein Edelmann“) eigneten ihn sehr, sowohl zum Leiter einer großen, vielfach aufgeregten Versammlung, als zur Repräsentation derselben nach außen.⁹⁾ Im 50. Jahre war der Landwirt von Monsheim¹⁰⁾ frisch genug

¹⁾ Bürgermeister von Bamberg, Vertreter für Kronach (Franken).

²⁾ Gutbesitzer in Altenburg, Vertreter für Altenburg.

³⁾ Arzt in Kirchenlamitz, Vertreter für Bunsiedel (Bayern).

⁴⁾ Jakob Grimm, Professor in Berlin, 29. rheinpreussischer Wahlkreis.

⁵⁾ Der „Turnvater“, 16. preussischer Wahlkreis.

⁶⁾ Professor in Bonn, 15. rheinpreussischer Wahlkreis.

⁷⁾ Geh. Justizrat in Frankfurt a. O., Vertreter für Muskau (Schlesien).

⁸⁾ Vertreter für Heidelberg.

⁹⁾ Vgl. auch Benzke: Zur Geschichte Heinrich von Gagerns (Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burdenschaft und der deutschen Einheitsbewegung I, 162 ff.).

¹⁰⁾ Bei Monsheim (Rheinheffen) lag Gagerns Gut.

geblieben, um gewaltigen Anstrengungen gewachsen zu sein. — Seine Eröffnungsrede brachte das geflügelte Wort: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Den Beruf und die Vollmacht, dies Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zustande komme.“ Wieder bemächtigten sich die Parteien dieses Wortes, sie sagten nicht mit Hagern, die Not legte eine Gewalt in unsere Hände, sie überhörten das weitere Wort: „Die Mitwirkung auch der Staaten-Regierungen zu erwirken, liegt mit im Berufe dieser Versammlung“; sondern: er hat die Volkssouveränität proklamiert, die Nationalversammlung ist souverän, sie verschmäht zu paktieren. Jede Abweichung von dieser Auslegung wurde dem „Proklamator der Volkssouveränität“ später als Wortbruch ausgelegt.

v. Soiron wurde fast einstimmig zum Vizepräsidenten gewählt. Unter den ersten Sekretären befand sich Dr. v. Stremayr¹⁾; ich weiß nicht, ob dies der spätere österreichische Minister war.

In der 6. Abteilung, der ich angehörte²⁾, war Dahlmann³⁾ Vorsitzender, Fürst F. Richnowsky⁴⁾ Stellvertreter und Prof. E. Simson, Abgeordneter von Königsberg und Besieger von Jacoby⁵⁾ in der Wahl, Sekretär. Er fiel mir gleich durch die Gewandheit, mit der er die Geschäfte behandelte, auf. Auch der später so einflußreiche und als Selbstmörder endende Frhr. v. Bruck, Abgeordneter von Triest,⁶⁾ war Mitglied der Abteilung. Kaum war ein Verfassungsausschuß von 30 Mitgliedern gewählt und unter Soirons Vorsitz konstituiert, so gab es in der großen Versammlung große Kämpfe.

¹⁾ Dr. jur. aus Graz, Vertreter für Rindberg (Steiermark), von 1870 bis 1879 mit kurzen Unterbrechungen österreichischer Minister des Unterrichts und des Kultus.

²⁾ Gleich zu Beginn der Tagung (19. Mai) wurden durch das Los 15 Abteilungen gebildet.

³⁾ 6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Hauptmitarbeiter des Siebzehner-Entwurfs.

⁴⁾ Aus Ratibor, Vertreter für Ratibor.

⁵⁾ Vgl. oben.

⁶⁾ Gründer des österreichischen Klubs, später österreichischer Minister.

Zuerst über den Raveaux'schen¹⁾ Antrag, der zuerst Vincke²⁾ auf die Tribüne rief. Die Debatte endete mit dem fast einstimmigen Beschlusse, zu erklären: daß alle Bestimmungen einer deutschen Verfassung, welche mit dem von der National-Versammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind. — Dann kam der Zusammenstoß zwischen Zivil und preußischem Militär in Mainz, von dem Mainzer Abgeordneten Biß zur Sprache gebracht und zur Erregung von Haß gegen Preußen benutzt, zur Verhandlung. In dieser Sache kamen Felix Wichnowsky und Ant. von Schmerling³⁾, damals noch Bundestagsgesandter, als Redner vor die Versammlung. Letzterer erzielte erhebliche Wirkung. Als er zum Sitz zurückkehrte, fragte er meinen Signachbarn Albrecht⁴⁾ (seinen Kollegen aus den Siebzehnern) ganz gemüthlich: hab ichs guet gemacht mit mei' Jungferunred? Mit Schmerling kam ich früh in persönlichen Verkehr. Zum 30. Mai lud er mich zu einem Kreise von „Freunden“ ein, um mit ihnen den Namenstag seines Kaisers zu feiern. Gagern, Arndt, Andrian⁵⁾, Dahlmann toasteten. General v. Peucker⁶⁾ erschien mit vielen Orden, was damals Aufsehen machte, wo manche Leute selbst ihren Adel gern, bis auf bessere Zeiten, in die Tasche gesteckt hätten.

Eine andere Kapazität, der durch seine Mission gegen die 1847 sich reformierende Schweiz vor der öffentlichen Meinung kompromittierte Oberst v. Radowiz⁷⁾, trat mit kluger Vorsicht zuerst mit der populären Marinesache, als Berichterstatter des Marine-Ausschusses, vor die Versammlung und forderte vorläufig die 6 Millionen, die später dem Reichsfinanzminister viel Mühe machten. Bei Radowiz war jeder Schritt berechnet, um so mehr jede Rede.

¹⁾ Vertreter für Köln, brachte das Verhältnis der preußischen zur deutschen Nationalversammlung zur Sprache. S. oben S. 9, 11, 14.

²⁾ Fhr. Georg v. Vincke, Vertreter für Hagen (Westfalen).

³⁾ Vertreter für Tulln (Nieder-Osterreich).

⁴⁾ Professor in Leipzig, 11. hannoverscher Wahlkreis; einer der Göttinger Sieben.

⁵⁾ Fhr. Viktor v. Andrian aus Wien, Vertreter für Wiener Neustadt.

⁶⁾ Preussischer General, Reichskriegsminister.

⁷⁾ Vertreter für Arnsberg (Westfalen); 1847 im Auftrage Friedrich Wilhelms IV. in der Schweiz zur Unterstützung des Sonderbundes.



Er schrieb seine Notizen, vielleicht die ganzen Reden auf Tarokkarten — große Blättchen, deren jedes, wenn abgelesen, mit gewandter Hand nach unten geschlagen wurde, so daß es aussah, als rede er frei. Er konnte sich demnach auch nicht im Eifer vergaloppieren und war einer gewissen Wirkung immer sicher. Bald merkte man, daß er auf der Rechten, und bis hinein ins rechte Zentrum — wo die Knoodt¹⁾, Sepp²⁾, Adams³⁾, Reichensperger⁴⁾, Thinner⁵⁾ saßen — ein einflußreiches Mitglied war.

Die Debatte über den Krieg in Schleswig-Holstein, nach Wrangel's „strategischem“ Rückzuge aus Jütland, rief Heckscher⁶⁾, Dahlmann, R. Vogt⁷⁾ auf die Tribüne, welche sämtlich andauernd in der Versammlung von Bedeutung waren, aber auch Jac. Grimm, der bald aus derselben verschwand.

Gleich Anfangs Juni tauchte die Frage nach Errichtung einer provisorischen Exekutivgewalt wieder auf, und wurde ein Ausschuß von 15 Mitgliedern zu deren Beantwortung niedergesetzt. Er arbeitete über Pfingsten und trat mit einem von Dahlmann erstatteten Berichte hervor, der, mit Einschluß seines eigenen, es mit 19 Anträgen über den Gegenstand zu tun hatte und mit 10 gegen 5 Stimmen ein dreiköpfiges Bundes-Direktorium beantragte. Den einen Reichsverweser beantragte aus dem Ausschusse niemand, aus der Versammlung nur eine kleine Gruppe Ultramontaner — darunter der jetzige Bischof von Mainz, v. Ketteler⁸⁾. Ob sie daran dachten, daß bei der Unpopularität des jetzigen Trägers der preussischen Krone nur an einen österreichischen Reichsstatthalter gedacht und damit der Scheidungsprozeß von Österreich auf lange vertagt werden würde? In der Debatte, die eine ganze Woche dauerte, kamen indessen auch andere Anträge auf einen Präsidenten, Reichsverweser usw., 3 wackere Pommern hatten auch den Mut, das

1) Professor in Bonn, Vertreter für Neuwied.

2) Professor in München, 4. oberbayerischer Wahlkreis.

3) Advokat in Coblenz, 13. rheinpreussischer Wahlkreis.

4) 17. rheinpreussischer Wahlkreis.

5) Domkapitular in Eichstädt, Vertreter für Eichstädt.

6) Vertreter für Hamburg, bald Reichsminister des Aeußeren.

7) 6. hessen-darmstädtischer Wahlkreis.

8) Gestorben 1877; 1848 Pfarrer in Hopsten, 19. westfälischer Wahlkreis.

Amendement zu stellen: das Bundesdirektorium einstweilen der Krone Preußen zu übertragen, und Braun von Cöslin begründete es ganz gut, aber das Amendement fand nicht einmal die Unterstützung von 20 Stimmen. — Ich weiß nicht, ob ich, von Birkenfeld zurückkehrend,¹⁾ die Stimmung schon zu sehr präokupiert fand, jedenfalls kam ich bei denen, mit denen ich mich darüber unterhielt (ein formierter Klub existierte für mich noch nicht) — es waren Bassermann,²⁾ v. Schmerling und Flottwell³⁾ — mit dem Vorschlage zu spät, den ich noch heute für den den damaligen Verhältnissen am meisten entsprechenden halte, nämlich: die Bundestagsmitglieder ihrer Verpflichtung, Instruktionen von Hause zu holen, zu entbinden und so, nach ihren Majoritätsbeschlüssen, auszuführen, was vor definitiver Konstituierung des Bundes das gemeinsame Interesse der Glieder fordere. Man hätte so, ohne Sprung, an das Bestehende angeknüpft und die Gesandten im regenerierten Bundestage wären die Organe der Verbindung mit den Einzelregierungen geblieben. Der Einzige, der diesen Gedanken annähernd aufnahm, war R. Mathy, in seiner höchst bedeutenden Rede, die nur wegen der Unpopularität des Redners und der Ermüdung ohne Wirkung blieb. Er wollte freilich den Bundestag nur als Staatenkammer neben dem einen Regenten aufrecht erhalten. — Gagern nahm zuletzt noch das Wort, um sich für einen Reichsverweser, gewählt von der Versammlung (es war das der vielbesprochene „kühne Griff“, mit dem er sich Raum schaffte für die folgenden, der linken Seite weniger behagenden Gedanken), der nämlich ein Fürst sein müsse, auszusprechen. Der Berichterstatter Dahlmann, Namens der Ausschuß-Mehrheit, nahm hierauf den „einen Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern“ in seine Anträge auf. — So kam, nachdem durch mehrere Tage über die Ordnung der Fragen und Art der Abstimmung, in zum Teil stürmischer Weise, verhandelt war, das Gesetz zustande, auf Grund dessen am 29. Juni der Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt wurde. Eine Deputation von 7 Personen ging nach Wien ab.

¹⁾ Wo R. die Pfingstferien verlebt hatte.

²⁾ Vertreter für Stadtprozelten (Bayern), später Unterstaatssekretär.

³⁾ Oberpräsident von Westfalen, 5. preußischer Wahlkreis (Prov. Sachsen).

Ich schalte einiges über das Leben außerhalb der Versammlung ein. Die Konservativen aus dem Fünziger-Ausschusse, welche in die Versammlung übertraten, fehlten darin, daß sie, die doch einigermaßen organisiert waren, sich nicht eins der Presseorgane am Platze bemächtigten, was freilich nicht mit dem feigen Bundestage, aber vielleicht mit Hilfe der Regenten des Frankfurter Staats möglich gewesen wäre. Das verbreitete „Frankfurter Journal“ wäre wichtig gewesen. Allein F. S. Buß¹⁾ unterlag gegen Hecker²⁾, Mathy war zu sehr durch den badischen Staat abgezogen³⁾, Zürgens⁴⁾ Feder war zu doktrinär und bitter. — Reichlich Geld wäre nötig gewesen, und das fehlte den einen, während die, welche es vielleicht hatten, die Bedeutsamkeit eines billigen, tüchtigen Journals am Platze vielleicht nicht völlig begriffen. Auch war der Zusammenhang zwischen den Zusammengehörigen nicht gleich anfangs hergestellt. Besser verstand die Linke, worauf es ankam. Wigard aus Dresden⁵⁾ wußte sich an die Spitze der Stenographen zu bringen, und die Gabelsbergischen Stenographen vom sächsischen und württembergischen Landtage standen unter seinem Kommando, und die Berichte wurden sicher von der Linken benutzt, bevor sie noch festgestellt waren⁶⁾. R. Blum gründete eine Reichstagszeitung, deren Redakteur sein Schwager G. Günther⁷⁾ wurde, die „März-Vereine“⁸⁾ sorgten für deren Verbreitung, und wie sie sich pekuniäre Hilfe schafften, erfuhr ich selbst. Eine kurze Rede von mir war gründlich verpfuscht und tendenziös wiedergegeben. Naiv sandte ich eine Berichtigung

¹⁾ Professor in Freiburg i. Br., Führer und Organisator der Merikalen Partei in Baden und Westfalen, trat später als Stellvertreter für Uhaus (Westfalen) in die Nationalversammlung.

²⁾ S. oben.

³⁾ Er war gleichzeitig Staatsrat und Mitglied des badischen Ministeriums.

⁴⁾ 3. Braunschweigischer Wahlkreis.

⁵⁾ Vorstand des stenographischen Bureaus in Dresden, Vertreter für Dresden, Herausgeber der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung.

⁶⁾ Über die tendenziöse Bearbeitung der Berichte s. auch Varrentrapp: Historische Zeitschrift 94, 93. Anm. 1.

⁷⁾ Schriftsteller in Leipzig, Vertreter für Glauchau (Sachsen).

⁸⁾ Demokratische Vereine mit einer Zentralstelle, die zuletzt etwa 500 000 Mitglieder gezählt haben sollen.

an den Kollegen Günther, sie wurde im Inseratenteile aufgenommen, und eine Rechnung von so und so viel Gulden folgte bald, die ich in aller Stille bezahlte. Die Thurn- und Taxis'sche Verwaltung, als Eigentümerin der Oberpostamtszeitung¹⁾, rührte sich auch, aber ungeschickt. Herr v. Bahlkampf, der fürstliche Bevollmächtigte, zog den Hofrat Zöpfl ins Interesse, und dieser Heidelberger Professor bewegte sich auch eine Zeit lang auf dem Frankfurter Pflaster und verwertete seine staatsrechtlichen Kenntnisse in einigen Leitartikeln. Er schloß aber sein Wirken damit, daß er den Dr. Wiesner (aus Wien oder Heidelberg)²⁾ zum Redakteur der Zeitung empfahl und ihm einen guten Kontrakt erwirkte. Nachdem wir Herrn Wiesner gründlich kennen gelernt, namentlich die Schmidt-Wiesnersche Frechheits- Tragödie³⁾ in der Paulskirche erlebt haben, erscheint dieser Mißgriff freilich als kolossal. Allein Wiesner hatte Routine, hatte in Wien (meine Quelle ist v. Schmerling) für Bezahlung Aktiengesellschaften, gemeinnützige Anstalten und anderes angepriesen, er war sogar von Gerbinus eine Zeit lang bei der Deutschen Zeitung gebraucht. Wiesner nun, der äußersten Linken zugewendet, führte die Zeitung, wiewohl ohne Konsequenz, ins Lager der Linken und machte auch sonst schlechte Arbeit, so daß die alten Abonnenten abfielen.

Nun setzten wir, ein Komitee, bestehend aus M. v. Gagern⁴⁾, Löw aus Posen⁵⁾, ich und der außerhalb der Versammlung stehende Dr. Schlemmer in Frankfurt, unsere Hebel ein. Bahlkampf schien das Peccavi über die Einsetzung von Wiesner und das pekuniäre

¹⁾ Die Frankfurter Oberpostamtszeitung, bis dahin das gelesenste Blatt Mitteldeutschlands.

²⁾ Vertreter für Feldsberg (Nieder-Österreich).

³⁾ Ihr Antrag forderte im Namen der äußersten Linken die sofortige Verhaftung der angeblich beim Septemberaufstand führenden Abgeordneten, da es „wünschenswert sei, daß die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete“. Heinrich von Gagern nannte damals diesen Antrag unter allgemeinem Beifall eine „Freiheit“. — Vgl. u. a. Haym a. a. O. II, 11; Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche (1888) S. 311.

⁴⁾ Max von Gagern, Legationsrat in Wiesbaden, Vertreter für Hadamar (Rassau).

⁵⁾ Professor in Posen, Obornicker Wahlkreis.

Opfer für dessen Beseitigung zu scheuen, machte auch Miene, uns für Aufrechterhaltung der Taxisschen Privilegien zu engagieren. Wir gingen direkt an den Fürsten, zu dem Dr. Schlemmer nach Regensburg reiste, und kriegten allerdings die Leitung in die Hand. Damit war aber nicht genug getan. Wir konnten wohl Direktiven geben, einzelne Artikel schreiben, aber das ganze Personal, den fast stumpfen Dr. Malten (früher Herausgeber der „Weltkunde“) an der Spitze, blieb, und wir hatten nicht die Macht und Geldmittel, neue Kräfte einzustellen. Die Hauptarbeit fiel, glaube ich, auf mich. Eine nicht bezahlte Hilfe kam mir von dem bekannten Koburger Vertrauensmann Baron Stockmar²⁾, der sich, wie Heinrich v. Arnim¹⁾, D. Camphausen³⁾ und andere Größen, ohne Amt in Frankfurt aufhielt. Er lieferte sehr brauchbare Leitartikel, nicht immer von derselben Hand. Als darunter einige sich befanden, die nicht ohne Veränderungen aufgenommen werden konnten, weil sie den Ton wirklicher Reaktion und der Kritik berechtigter Schritte und Beschlüsse anschlügen, und jene Veränderungen erfuhren, klagte der Verfasser v. B. (es war der ehemalige badische Bundestagsgesandte Blittersdorff) in einer anderen Zeitschrift über die „moderne Zensur“, welche die besten Gedanken streiche und noch dazu durch andere ersetze. Im Oktober oder November etwa erlahmte unsere Tätigkeit; die konservativen Ideen hatten wieder so viel Oberwasser, daß sie auch ohne uns in der Oberpostamts-Zeitung sich hielten. Zudem wurde die „Deutsche Zeitung“, nachdem Gervinus sich verdrießlich nach Italien begeben hatte und Shafespeare-Studien oblag, nach Frankfurt verlegt und gab den Ansichten unserer Partei einen volleren Ausdruck.

„Unsere Partei“ ist ein Ausdruck, der der Zeit vorgreift. Die „Deutsche Zeitung“ war Organ derjenigen Partei, in welche erst 1849 drei Klubs und Bruchstücke aus drei anderen unter dem Namen „Weidenbusch“ zusammengefaßt wurde. Im Sommer gingen

¹⁾ Vgl. auch seine „Denkwürdigkeiten“. 1872.

²⁾ Im März zeitweise preußischer Ministerpräsident.

³⁾ Bruder des preußischen Ministers Ludolf v. C., später Vizepräsident des preußischen Ministeriums.

die Organisationen langsam von links nach rechts¹⁾. „Donners-berg“ mit den blutigroten Revolutionärs, „Deutsches Haus“ mit R. Blum und R. Vogt an der Spitze, waren zuerst fertig. Im linken Zentrum, das sich im Württemberger Hofe versammelte, gärte es länger, bis sich Klub „Westend-Hall“ mit H. Simon und Reh²⁾ nach links, später „Augsburger Hof“, mit Wurm³⁾, Biedermann⁴⁾, Franke⁵⁾, nach rechts ausschied; nur die, welche wie Mittermaier⁶⁾ „die Vermittlung zwischen Ja und Nein suchten“, oder welche wie die Württemberger Größen Schoder⁷⁾, Römer⁸⁾, Umland⁹⁾ die Fühlung mit der Linken nicht entbehren konnten, blieben im „Württemberger“ Hofe.

Was anfangs „rechtes Zentrum“, auch wohl „Professoren-Partei“ genannt wurde, und durch H. Gagern und Soiron im Präsidium, durch H. Zachariä¹⁰⁾, Fr. v. Raumer¹¹⁾ und Heckscher im „völkerrechtlichen“, Edel¹²⁾ und Langerfeldt¹³⁾ im „Geschäftsordnungs-“, Dahlmann, Beseler (Greifswald)¹⁴⁾, Droysen¹⁵⁾, Waitz¹⁶⁾, M. v. Gagern im Verfassungs-Ausschuß, durch v. Beckerath¹⁷⁾, Schmerling, Baffermann, Mathy, Hergenbahn¹⁸⁾, Wippermann¹⁹⁾

¹⁾ Über die Anfänge der Parteibildung in der Paulskirche s. besonders Biedermann, Erinnerungen S. 4 ff. Zuletzt auch Valentin, Frankfurt a. M. und die Revolution. 1908. passim.

²⁾ 5. hessen-darmstädtischer Wahlkreis.

³⁾ Württemb. Neckarkreis.

⁴⁾ 11. sächsischer Wahlkreis.

⁵⁾ Regierungspräsident in Schleswig, 3. schleswig-holsteinischer Wahlkreis.

⁶⁾ Vertreter für Rastatt und Baden.

⁷⁾ Regierungsrat in Stuttgart, 5. württemb. Wahlkreis.

⁸⁾ Staatsrat, später Ministerpräsident, in Stuttgart, württemb. Donaukreis.

⁹⁾ Vertreter für Tübingen.

¹⁰⁾ 6. hannoverscher Wahlkreis.

¹¹⁾ Professor in Berlin, Vertreter für Berlin.

¹²⁾ Professor in Würzburg, Vertreter für Hofheim (Bayern).

¹³⁾ Oberlandesgerichtsrat in Wolfenbüttel, 2. braunschweig. Wahlkreis.

¹⁴⁾ Georg B., Professor in Greifswald, 13. pommerischer Wahlkreis.

¹⁵⁾ Professor in Kiel, 5. schleswig-holstein. Wahlkreis.

¹⁶⁾ Professor in Göttingen, 4. schleswig-holstein. Wahlkreis.

¹⁷⁾ Bankier in Grefeld, Vertreter für Grefeld, Reichsfinanzminister.

¹⁸⁾ Vertreter für Wiesbaden.

¹⁹⁾ 3. kurhessischer Wahlkreis.

in den Ministerien des Reichs und der Einzelstaaten repräsentiert war, versammelte sich am Hirschgraben zu mehr freien Besprechungen. Auerwald¹⁾, Fürst Tichnowsky, Präsident Lette²⁾, Mevissen³⁾, A. Reichensperger, K. Welcker⁴⁾ u. a. gehörten zu dieser Gruppe, die nicht homogen war. Selbst als man versuchte, im „Kasino“ eine festere Form zu schaffen⁵⁾, blieben Ultramontane, wie Deiters aus Bonn⁶⁾, Thinnes aus Eichstädt, A. Reichensperger, Graf Deym⁷⁾, Prof. Arndts⁸⁾ nicht ausgeschlossen. M. Duncker⁹⁾, Edel, Langerfeldt, Rüder, Graf Schwerin¹⁰⁾, Simson und Zachariä bildeten, ni fallor, den ersten Vorstand, in dem später Schwerin und Simson durch Briegleb und Reichensperger ersetzt wurden. Anträge, welche Mitglieder einbringen wollten, auch die Ausschußberichte, wurden vorberaten, und hauptsächliches Gewicht darauf gelegt, den Berichten des Verfassungs-Ausschusses die Priorität zu sichern. Die Mitglieder dieses Ausschusses pflegten zum Teil noch nach ihrer Nachmittagsitzung zu uns zu kommen, und wenn für den folgenden Tag eine wichtige Tagesordnung bevorstand, wurde der Gegenstand, auch von solchen, die in der Versammlung zu reden nicht Lunge genug hatten, durchgesprochen, die Redner aus den unsrigen bezeichnet und dadurch, daß sich viele zum Worte meldeten, die dann beim Aufruf ihren Platz abtraten, ihnen das Wort gesichert. Bei besonders langen Debatten kriegte einer (scherzweise Generalstabs-Chef genannt) den Auftrag, die Reihenfolge, in der die unseren aufzutreten hätten, zu bestimmen. Ich hatte oft dies Amt, so namentlich in der heißen Debatte über den Waffenstillstand von Malmö (14.—16. September). — Nach dem Aufruhr

¹⁾ Oberst in Breslau, Vertreter für Marienwerder.

²⁾ Präsident in Berlin, Vertreter für Rauen.

³⁾ Aus Köln, dann Unterstaatssekretär, Vertreter für Siegen.

⁴⁾ 14. badischer Wahlkreis.

⁵⁾ Über die Anfänge des Kasinos s. die Aufzeichnung Drohsens bei Hansen, Mevissen II, 381.

⁶⁾ Professor in Bonn, 16. rheinpreussischer Wahlkreis.

⁷⁾ Aus Prag, Vertreter für Hohenelbe (Böhmen).

⁸⁾ Professor in München, Vertreter für Straubing.

⁹⁾ Professor in Halle, Vertreter für Halle.

¹⁰⁾ Aus Berlin, Vertreter für Schlawe (Pommern).

am 18., als das Zusammenhalten der gemäßigten Parteien eindringlich durch die Ereignisse gepredigt war, berieten auch solche mit uns, die unserem Klub nicht angehörten. Bei solcher Gelegenheit gab G. v. Vincke seinen Vorsatz zu erkennen, aus der Nationalversammlung, in der so wenige auch grundsätzlich mit ihm harmonierten, bald auszutreten. Ich führte eben den Vorsitz und bemerkte, es wären vielleicht mehr da, aus denen Vincke eine Partei bilden könnte, als er selbst denke. Ich bitte die Anwesenden, wenn sie gleich mir und meinen Freunden es tief beklagen würden, wenn Vincke austrete, dies durch Erheben von ihren Sigen auszusprechen. Daß darauf die ca. 80 Abgeordneten einig aufstanden, schien auf Vincke nicht ohne Eindruck zu bleiben. Er blieb und war in 8 bis 14 Tagen Führer der Rechten, der sich auch einige aus unserer Mitte, namentlich Gr. Schwerin und Evertsbusch¹⁾, zuwandten. Ziemlich ungleichartig blieb jedoch auch die neue Partei; neben E. M. Arndt stand S. v. Radowiz, neben dem Bayern von Schrenckh²⁾ der Stockpreuße Naumann³⁾, neben Mephistopheles Detmold⁴⁾ der wackere Gombart⁵⁾ usw. Vincke hielt indessen seine Leute gut in Ordnung, und wenn Radowiz ganz mit ihm ging, hatte dieser wieder die Ultramontanen am Bande: Ketteler (in Mainz), Dr. Förster⁶⁾ (jetzt Fürstbischof in Breslau), Adams, Clemens⁷⁾, Döllinger⁸⁾, Knoodt, Sepp u. a. Letztere drei, jetzt „Ulkatholiken“, zählten damals zu jenen.

Schon vorher hatte sich vom Kasino abgesondert der Klub des „Landsberg“. Als ich meine Bekannten darunter (und ich stand mit den meisten im Landsberg recht gut) fragte, warum? erhielt ich ungenügende Antwort. Einigen war der Kasinoklub zu groß, die gesellige Seite zu wenig entwickelt, andere ärgerten die langen

¹⁾ Pfarrer in Altena, 10. westfälischer Wahlkreis.

²⁾ Regierungspräsident a. D. in München, Vertreter für Cham (Bayern).

³⁾ Oberregierungsrat in Frankfurt a. D., Vertreter für Kottbus.

⁴⁾ Advokat in Hannover, bekannt durch sein verwachsenes Äußere und durch seine boshafte Bemerkungen, 23. hannoverscher Wahlkreis.

⁵⁾ Oberappellationsrat in München, 4. bayerischer Wahlkreis.

⁶⁾ Domherr in Breslau, 18. westfälischer Wahlkreis.

⁷⁾ Aus Bonn, 23. rheinpreußischer Wahlkreis.

⁸⁾ Professor in München, Vertreter für Landau a. d. Saar.



Neden von Waiz, der anmaßende Ton von Beseler und dergleichen. Es wurde dem Landsberg wohl Unzuverlässigkeit vorgeworfen, und einigemal wurde die Rechte überstimmt, weil der regelmäßig ihr angehörende Landsberg nicht mit ihr ging. v. Buttell, Kerst¹⁾, v. Maltzahn²⁾, Bauer (Bamberg)³⁾, die Brüder Löw⁴⁾, Jordan (von Marburg)⁵⁾ und Dr. Jordan (Berlin)⁶⁾ gehörten dem Landsberg an.

Als in der zweiten Hälfte des August meine Frau mit zwei Kindern mir gefolgt war, und wir im größeren Böhlerschen Nebenhause, eine Treppe über der Familie H. v. Gagerns, Quartier genommen hatten, wurde der gesellige Verkehr mit durch die Frauen bestimmt. Sturm⁷⁾, v. Maltzahn und Sellmer⁸⁾ im Landsberg, Simson, Schirmeister⁹⁾ und v. Salzwebell¹⁰⁾ im Kasino, Biedermann, Wurm und Laube¹¹⁾ im Augsburger Hofe hatten Familie, und meist recht liebenswürdige Frauen, bei sich, und so kam etwas, obwohl wenig, Geselligkeit zustande. Meine Frau hätte weit mehr von dem Aufenthalt gehabt, wenn mein Diensteifer mir erlaubt hätte, größere Ausflüge zu machen. Mainz, Wiesbaden, Soden, Offenbach, Wilhelmsbad und Bergen wurden einzeln besucht, ein mehrtägiger Ausflug nur einmal, im April 1849 nach dem Odenwald und Heidelberg, gemacht. — Befuniär war ich ziemlich gut gestellt. Zwar das schädigende Abbrechen und spätere langsame Wieder-Anbahnen der Praxis konnte mir nicht vergütet werden. Aber die Diäten waren von der Oldenburgischen Regierung auskömmlich bemessen, und als auch noch auf Betrieb der Vinken für

1) Aus Meseritz, Vertreter für Meseritz.

2) Landgerichtsdirektor in Küstrin, Vertreter für Königsberg i. d. N.

3) Stadtpfarrer in Bamberg, Vertreter für Windsheim.

4) 1. Siehe oben S. 31. 2. Rektor in Magdeburg, Vertreter für Neuhaldensleben.

5) Sylbester J., 4. kurhessischer Wahlkreis.

6) Wilhelm J., Vertreter für Oberbarnim.

7) Oberlandesgerichtsassessor in Sorau, Vertreter für Sorau.

8) Kammergerichtsassessor in Landsberg a. d. Warthe, Vertreter für Landsberg.

9) Landrat in Insterburg, Vertreter für Insterburg.

10) Regierungspräsident in Gumbinnen, Vertreter für Gumbinnen.

11) Aus Leipzig, Vertreter für Elbogen (Böhmen).

die Zeit des Fünziger-Ausschusses 3 Rth. Diäten pro Tag nachgezahlt wurden, hatte ich etwa 2000 Rth. im ganzen einzunehmen, womit wohl auszukommen war, da wir besonderen Aufwand zu machen weder geneigt noch durch die Umstände bewogen waren.

Als Klubvorstand hatte ich, weit über mein Talent hinaus, Einfluß in der Versammlung. Daß ich immer im Vorstand blieb, war Folge meiner Pflichttreue — die mir eben nicht erlaubte, mehr für mein und der Meinigen Vergnügen zu tun. In den Ausschüssen der Versammlung habe ich wenig gearbeitet¹⁾. Der Ausschuß für eine Proklamation an das deutsche Volk war hauptsächlich bestimmt, den Antrag darin zu begraben. Der für ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz wurde verschleppt, und als endlich Mittermaier in demselben mit einer langen Abhandlung statt Berichts vorrückte, war es so spät, daß niemand mehr Lust hatte, an ein an sich schwieriges Gesetz für das Ministerium der schon in Frage gestellten provisorischen Zentralgewalt noch die Hand zu legen (bei Gelegenheit der letzten Zusammenkunft dieses Ausschusses unterhielten sich schon Mittermaier und Thstein über die Eventualität eines Aufstandes in Baden). Erheblicher war meine Rolle im Ausschusse für das Verhältnis zu Oesterreich (worüber später). — Die Winckesche Rechte hatte mich mehrmals zum Vizepräsidenten ausersehen, gab mir auch ihre verlorenen Stimmen, um nicht für W. Beseler²⁾ zu stimmen, der als Mann der revolutionären Regierung in Schleswig-Holstein nicht ihr Mann war. Im Weidenbusch (wovon später) wurde ich auch, nach Simons Rücktritt, zum Präsidenten der Nationalversammlung vorgeschlagen, lehnte aber, mit Hinweisung auf geschwächte Gesundheit und mangelnde persönliche Autorität, ab, hervorhebend, daß auch der Schwerpunkt, durch Austreten Vieler von der Rechten,

¹⁾ Vgl. auch das Urteil Biedermanns, Erinnerungen S. 275: „Müder aus Oldenburg war lange Zeit Vorsitzender und taktischer Leiter der Partei. Er verstand sich trefflich auf die kleinen Künste der Parteitaktik und war immer aufmerksam und unverbrossen, wo es galt, dadurch einen Vorteil über den Gegner zu gewinnen. An prinzipiellen Kämpfen beteiligte er sich seltener, obgleich er, wo es not tat — wie beim Vorparlament und im Fünziger-Ausschuß — mit Mut und Geschick für die vernünftige Freiheit gegen deren Übertreibungen aufzutreten mußte.“

²⁾ Aus Schleswig, 2. schleswig-holsteiniischer Wahlkreis.



weiter links liege, und empfahl Reh von Darmstadt. Reh wurde gewählt. —

Der schon berührte Aufstand vom 18. September war wohl von langer Hand vorbereitet. Denn schon wenige Stunden nach der Abstimmung über den Waffenstillstand von Malmoe wurde auf den Gassen getobt, folgenden Tages (17.) eine große Massenversammlung, in der die Abgeordneten Schlöffel¹⁾, Simon (von Trier)²⁾ und Ziß³⁾ die Majorität des Hochverrats beschuldigten und zum Widerstand aufforderten, auf der Pfingstweide von Frankfurt gehalten. Einzelne Abgeordnete wurden am 16. (Zell⁴⁾, Pincert⁵⁾, Jahn), andere am 17. (Heckscher) verfolgt und mißhandelt. Am 18. morgens zogen bewaffnete Haufen in die Stadt und vereinigten sich mit dem Pöbel derselben. Der Gegenstand der Verhandlung — hauptsächlich eine Etikettefrage, indem Preußen nicht bloß kraft Vollmacht der Zentralgewalt, sondern für sich und den deutschen Bund abgeschlossen hatte — war nichts die Massen tief Ergreifendes; um so mehr war anzunehmen, daß der Beschluß nur Vorwand war, und der Zweck, die sich mehr zusammenschließenden konservativen Elemente einzuschüchtern. Daß er vollständig mißlang, lag wohl daran, daß die Fajseurs einen Faktor außer Rechnung gelassen hatten.

Die Polizeikräfte der Stadt Frankfurt waren sehr schwach — der ehemalige politische Flüchtling von Kauschenplatt trat erst später als Polizeileutnant an die Spitze; — das numerisch schwache Bataillon war unzuverlässig, weil demokratisch unterwühlt. Das Reichsministerium, seit dem 5. September nur für die „laufenden Geschäfte“ beibehalten, mochte die Verantwortung für außerordentliche Maßregeln nicht auf sich nehmen. Dieser gefährliche Zustand wurde (am 17. nachmittags, nach einem freundschaftlichen Diner bei Gagern) besprochen, und es gingen von da aus Mitglieder zum Erzherzog, zu Schmerling usw., mit der Aufforderung, rasch ein Definitivum herzustellen. Für die abwesenden Heckscher und Beckerath

1) Aus Hallendorf i. Schlesien, Vertreter für Hirschberg i. Schl.

2) Ludwig S., Advokat, 2. rheinpreußischer Wahlkreis.

3) Advokat in Mainz, 10. Hessen-Darmstädter Wahlkreis.

4) Advokat in Trier, 4. rheinpreußischer Wahlkreis.

5) Obergerichtsassessor in Zeitz, Vertreter für Zeitz.

übernahmen nun Schmerling und Duckwitz die Portefeuilles. Der Frankfurter Senat erklärte sich außerstande, für genügenden Schutz der National-Versammlung zu sorgen, und Schmerling (Minister des Auswärtigen und des Innern) requirierte vor Mitternacht des 17. 2 Bataillone Infanterie von Mainz, die morgens am 18. auf den Straßen und Plätzen um die Paulskirche bivaktierten. Im Laufe des Tages kamen noch 2 andere Bataillone, nachmittags auch hessische Artillerie und Cheveauxlegers von Friedberg, anderen Tages württembergische Ulanen, die auf dem Marsche nach Holstein zurückkommandiert waren.

Die so bewachte Versammlung zu sprengen, um an deren Stelle eine andere oder die Minorität derselben zu setzen, konnte man mit dem kleinen Haufen, der etwa um halb 11 in die Paulskirche zu brechen versuchte, nicht hoffen; man darf daher annehmen, daß der wirkliche Versuch nur gemacht wurde, weil der Gegenbefehl, wenn er gegeben wurde, diese Leute nicht erreichte. Daß man nun in der National-Versammlung noch 2 $\frac{1}{2}$ Stunden fortverhandelte, gab den Bewaffneten die Möglichkeit, zahlreiche Barrikaden zu bauen, deren Einnahme dann Blut kostete und erst dann völlig gelang, als mit Artillerie bis in die Nacht hinein gearbeitet werden konnte. Als am hellen Nachmittage der General¹⁾ Hans v. Auerswald, älterer Bruder der beiden preußischen Minister Alfred und Rudolf v. A., und der tolle Fürst Felix Sichnowsky dicht vor den Thoren ermordet waren, da begann eine Zeit, in der jeder, welcher glaubte von dem roten Völkchen gekannt zu sein, seine Sicherheit in der Gestalt von Todschlägern oder Pistolen in der Tasche trug; eine Zeit, in der selbst aus dem Munde des ehrbaren Dahlmann Worte des Hasses erschallten, als er gegen ein Lob, das ihm von der Blumschen Reichstags-Zeitung geworden war, in der Versammlung Protest erhob „aus Sorge für seinen guten Ruf als Mensch und Vaterlandsfreund“.

Wie mir am Abend jenes 18. zu Mute war, ist daraus zu erkennen, daß ich vor dem Schlafengehen mit möglichster Umsicht und mit Probeschlägen die Chancen berechnete, mit einem schweren

¹⁾ Ein Irrtum: Auerswald war Oberst.



eisernen Leuchter den schmalen Treppenaufgang zu unserer Etage gegen eindringende Bewaffnete zu verteidigen. Dennoch habe ich, obwohl einmal von Kanonenschüssen geweckt, ziemlich gut geschlafen.

Diese Ereignisse und die Erkenntnis, daß sie von vielen auf der Linken der National-Versammlung nur mißbilligt wurden, weil die Bewegung ihr Ziel verfehlte, ließen eine Erbitterung zurück, die in den folgenden Wochen vielfach in den Verhandlungen zum Ausdruck kam. Vielleicht wirkten sie aber auch dazu mit, daß den vielen eine Abirrung vom Hauptziele der Versammlung bezweckenden, oder sie doch bewirkenden, Anträgen der Linken mit mehr Festigkeit entgegengetreten wurde. Man drängte mehr vorwärts in der Verfassungs-Arbeit.

Es sind der konservativen Partei, die jetzt eine gesichrtere Majorität erhielt, hauptsächlich 2 Vorwürfe gemacht, die ich kurz berühre, daß sie nämlich die Zeit mit den „Grundrechten“ verzettelt habe, und daß sie die preußische National-Versammlung, in deren Kampfe mit der preußischen Reaktion, nicht unterstützt habe. Es war jedoch damals, als mit den Grundrechten begonnen wurde, nicht wohl möglich, anders zu handeln. Eine um ein festes Ziel gescharte Majorität gab es im Juli, als der Verfassungsausschuß zuerst den Abschnitt der „Grundrechte“ vorlegte, noch nicht. Wie schon 1831 unter den Vaterlandsfreunden 2 Richtungen hervortraten, von denen die eine zuerst die verfassungsmäßigen Freiheiten, die andere zuerst den einheitlichen Organismus gesichert wissen wollte, so auch noch jetzt. Und derselbe Zwiespalt mochte noch in der Brust vieler Einzelner sein. Die fertige Vorlage nicht in Beratung nehmen, hätte die Einheitsfreunde als Freiheits- und Volksfeinde dargestellt, und zugleich eine Waffe in die Hand derjenigen gegeben, welche die National-Versammlung zu möglichst vielem verwenden wollten, das nicht zum Verfassungsbau gehörte, nämlich die freie Zeit, die scheinbare Untätigkeit der Versammlung. Die Grundrechte in Beratung nehmen, hieß aber allerdings — was vielleicht beim Beginn nicht allgemein erkannt wurde — ihnen nur lange Zeit widmen; denn nicht nur die Linke hatte Gelegenheit, zu zahlreichen Amendements im Sinne eines politischen und sozialistischen Radikalismus zahlreiche, auf Zuhörer außerhalb der

Versammlung berechnete Reden zu halten, sondern auch der, neben dem Verfassungs-Ausschuß hergehende „volkswirtschaftliche Ausschuß“, zusammengesetzt aus Professoren und Fabrikanten, Freihändlern und Schutzzöllnern, wollte in der Verfassung des Reichs volkswirtschaftliche Probleme gesetzgeberisch gelöst wissen, und stellte demgemäß seine Anträge zu den Grundrechten — Anträge, die nicht selten geeignet waren, die gewöhnlich zusammenhaltenden Parteien zu zerklüften. Hätte man eine Vorlage gehabt, so wäre der Antrag denkbar gewesen, den Abschnitt „vom Reich“ zuerst in Beratung zu nehmen; aber es trat der vom Bundestage gemachte Fehler, es an einem Substrat der Beratung fehlen zu lassen, nachteilig hervor. Auch trat dann die Hauptschwierigkeit (die unter III zu behandelnde österreichische Frage)¹⁾ in den Vordergrund, und die darüber schwankenden Ideen waren noch wenig geklärt.

Das Verhalten gegenüber dem preußischen Ministerium Manteuffel, das gegenüber der mit ihrer Verfassung nicht aus der Stelle kommenden Berliner Versammlung durch einen Staatsstreich eine liberale Verfassung oktroyierte²⁾, war gewiß zweifelhafter. Auch schwankte die Mitte (Landsberg nach links hin). Es schlug wohl die Stimmung derer durch, welche, nach dem Versuche in der Malmöer Frage, Preußen mit der Nationalversammlung zu überwerfen, es gern sahen, daß Preußen sich im Innern konsolidiere, während Österreich mehr und mehr in Auflösung zu geraten schien. Auch hatte der Unfug, den die preußische Versammlung in ihrer Nähe gewähren ließ, und ihre Renitenz gegen Frankfurt, nicht für die Politik der Berliner Nationalversammlung geworben. Die Deputation der gemäßigten preußischen Linken an die Klubs des rechten Zentrums zu Frankfurt, fand weniger Gehör, als einzelne

¹⁾ S. unten S. 42.

²⁾ Am 5. Dezember 1848 verließ Friedrich Wilhelm IV. Preußen eine Verfassung, die sich in ganz besonderem Maße den liberalen Wünschen näherte. Zugleich aber wurde die preußische Nationalversammlung, die nach und nach ganz unter den Einfluß der Berliner Demokraten gekommen war, aufgelöst. Für die deutsche Frage bedeutete die oktroyierte Verfassung auf der einen Seite einen neuen Abschluß Preußens von Deutschland, auf der anderen jedoch durch ihre fortschrittliche Färbung und durch Klauseln, welche eine deutsche Verfassung voraussetzten, eine Annäherung an die Erbkaiserpartei der Paulskirche.

Abgeordnete der Rechten, die wie P. Reichensperger¹⁾ die Zustände in Berlin mit schwarzen Farben schilderten*).

III. Die Österreichische Frage.

(Heft 10 der Erinnerungen.)

Die österreichische Frage, welche Spaltung in die starke Kasinopartei brachte, die schwierigste von allen, hat mich tief erregt. Gagern zog mich in den engen Kreis derer, mit denen er, damals noch Präsident, die ersten Paragraphen der Reichsverfassung beriet. Durch ein Mißverständnis kam ich $\frac{1}{2}$ Stunde zu früh in seinem Salon an. Halb angekleidet kam er zu mir herein, und gab mir auf einem Zettel stark durchkorrigiert das, was man die Grundzüge des „Gagernschen Programms“ nennen kann. Unter denen, die sich nach und nach versammelten, waren auch Österreicher, namentlich v. Schmerling. Der Verfassungsausschuß hatte den § 2 vorgeschlagen: „Kein Teil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein“, und der § 3: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen“. § 1 hatte Schleswig ausgenommen; diese Paragraphen schnitten in Österreich hinein. Die Österreicher grollten den Haupturhebern Dahlmann, Drohsen, Waiß. „Dies Schleswig — sagte mir Schmerling — wird gestreichelt und Österreich leicht hin aufgegeben!“ Alle, die an den Fortbestand Österreichs glaubten, hielten diese Paragraphen ohne einen Zusatz, der eine Konzession an Österreich enthalte, für unmöglich. Gagern wollte diesen Zusatz, gleichsam § 1a, formulieren, wie folgt: „Österreich bleibt, in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen, mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflösliehen Bunde. — Die organischen Bestimmungen für dieses

¹⁾ Peter Reichensperger, Bruder des Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, war Mitglied der preußischen Nationalversammlung.

^{*)} In Nr. 98 der Neuen Blätter von 1848 findet sich ein gut geschriebener Brief von mir an einen Osnabrücker Arzt, über die Stellung der Mehrheit der Nationalversammlung.



Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nötig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte.“ Von anderer Seite wurde schon dies als ein Aufgeben Österreichs bezeichnet; denn (sagte Wurm) welche Macht würden wir haben, von dem Österreich mit nichtdeutscher Mehrheit die Bundesakte zu erzwingen, die wir wollen. Derselbe Redner hob die sittliche, politische Notwendigkeit hervor, die Österreicher aus der Nationalversammlung auszuschneiden, sobald die Verfassung nicht für Österreich gemacht werde. Für Österreich, das gerade damals in stärkster Gährung war (Welcker und Mosle, und auch R. Blum und Fröbel, waren unterwegs¹⁾), schien allerdings eine Vermittlung nötig. Die starren Paragraphen konnten gerade damals schaden, vielleicht war ein Teil der Linken deshalb so eifrig dafür. Man mußte Österreich in die Lage bringen, uns Anträge über seine Sonderstellung zu machen und ihm dazu mäßige Zeit lassen. In diesem Sinne habe ich (nach R. Haym, Die Nationalversammlung. II. II. S. 67) im Kasino einen Antrag auf eine transitorische Bestimmung zur Verfassung gestellt, und mich dann dem Amendement angeschlossen, das den Namen des Grafen Keller²⁾ trug und am 26. Oktober zuerst zur Abstimmung kam und in der Minderheit blieb. Damit hatten wir uns auch gegen Gagern's Sätze erklärt — nicht bloß wegen des formellen Bedenkens, daß sie zu § 1 zu stellen gewesen, und daß Motive

¹⁾ Der Oldenburgische Bevollmächtigte Mosle und Karl Welcker gingen als amtliche Vertreter der provisorischen Zentralgewalt, Blum und Julius Fröbel (Professor und Schriftsteller aus Berlin, Vertreter für Reuß—Schleiz—Lobenstein) im Auftrage der Linken nach Wien. Welcker und Mosle, die zwischen dem aufständischen Wien und Fürst Windischgrätz vermitteln sollten, wurden von diesem, der sich bereits zur Belagerung Wiens anschickte, zurückgewiesen. Fröbel und vor allem Robert Blum nahmen tätigen Anteil an den Bestrebungen der provisorischen Regierung in Wien. Als Windischgrätz dann die Stadt mit Waffengewalt genommen hatte, entging zwar Fröbel dem Standrecht, Blum aber wurde erschossen. Ohne Zweifel wollte der Wiener Diktator nicht nur der Linken, sondern der Paulskirche überhaupt seine Mißachtung zu erkennen geben. Er hat den Sympathien für Österreich damit den Todesstoß versetzt. — Vgl. dazu auch Mosles Berichte: „Zwei Sendungen nach Österreich 1848“ in dem von der Literar-Gesellschaft in Oldenburg herausgegebenen „Literarischen Nachlaß von Joh. L. Mosle“, S. 104—168.

²⁾ Landrat in Erfurt, Vertreter für Erfurt.



nicht in die Verfassung gehörten. Gagern redete für sein Amendement, ließ es aber nicht zur Abstimmung kommen. Am 26. Oktober wurden der § 2 mit der Mehrheit von 340 gegen 86 (weit über $\frac{3}{4}$), der § 3 mit 316 gegen 90 Stimmen angenommen. Es ist ungewiß, ob diese Beschlüsse mehr, oder mehr das Gagernsche Amendement, mit Recht eine Frage an Österreich genannt sind.

Die Antwort, so faßten wir es auf, kam am 27. November, an welchem Tage das Ministerium Schwarzenberg vor dem österreichischen Reichstage zu Kremsier, unter dem Beifalle desselben, entwickelte: „Ein neues Band sei zu begründen, das alle Lande und Stämme der (österreichischen) Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen solle. Nicht in der Schwächung der (österreichischen) Monarchie liege die Kräftigung Deutschlands. Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfnis.“ Erst wenn Österreich und Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. — Das war ziemlich klar. Wir sollten warten. Wollten wir das nicht, und auch nicht leicht hin Österreich aufgeben, so mußten wir, auf Grund dieser Erklärung verhandelnd, Österreich bewegen, sofort weitere Klarheit über den Begriff und Umfang seiner staatlichen Einheit zu geben. Zu diesem Verhandeln, das Gagern für Notwendigkeit erklärte, war auch Schmerling bereit, aber — so besorgten die, welche schon jetzt merkten, daß er mehr Österreicher als Deutscher sei — mit der Absicht zu verzögern. Als Römer Anfang Dezember eine Interpellation über das Programm von Kremsier eingebracht hatte, da war die Frage, wie die zu beantworten sei, der Anlaß einer Krise, die im Innern der gemäßigten Fraktionen, namentlich des Kasino, dem Schmerling formell angehörte, durchgemacht wurde. Der gewandte Schmerling, dem selten etwas anzuhaben war, der kalt-feste Schmerling, der am 18. September sich nicht scheute, mit dem Munde der Kanonen zu reden, war lange auf der Linken verhaft. Rasch fraß das Mißtrauen weiter von links nach rechts, besonders seit (am 30. November) der alte Graf Deym aus Böhmen, mehr ehrlich als klug, ausgesprochen hatte: Österreich kann nicht so wie ihr wollt, und es will nicht, und wenn es käme und wollte mit seinen

deutschen Teilen sich anschließen, so dürftet ihr es nicht annehmen, weil es mit seinen außerdeutschen Ländern einen Einfluß gewinnen würde, der den der übrigen Bundesglieder paralyßierte, oder weil es mit einem Treubruch gegen Verbindungen zu euch träte, die in Jahrhunderten mit dem Blute von Millionen geknüpft waren. Die Stimmen von der Linken: „Warum sitzt denn Graf Deym hier unter uns?“ wurden auch auf Schmerling und die anderen „staatsmännischen“ Österreicher angewendet. Gagern, der leicht Vertrauende, im Ministerium Schmerling gab keine Garantie. In einer Versammlung der Klubvorstände bei Gagern sagte Grumbrecht dem Minister ins Gesicht: Norddeutschland mißtraut der Nationalversammlung, weil deren Mehrheit Schmerling vertraut; und Beseler von Greißwald drängte den Klub des Rasinos zu einem Mißtrauensvotum, das zuerst nur mit schwacher Mehrheit durchging. „Wir wollen das Ministerium zur Unterhandlung mit Österreich ermächtigen, aber nicht jetzt schon“, das hieß: nicht, so lange Schmerling an der Spitze ist.

Am folgenden Tage mittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde der Nationalversammlung, namens des Reichsverwesers, angezeigt, daß Schmerling und von Würth¹⁾ ihrem Wunsche gemäß ihrer Stellen enthoben seien. H. von Gagern zeigte seine Berufung ins Ministerium an und legte das Präsidium nieder, und Reichensperger, von Schenckh und 53 andere brachten einen Antrag auf Ermächtigung der Zentralgewalt [ein], mit Österreich „über dessen Verhältnis zu dem zu bildenden deutschen Bundesstaate“ in Verhandlung zu treten.

Zwei Tage später, am 18. Dezember, suchte Gagern die Ermächtigung nach, „die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs“ anknüpfen zu dürfen. Ein neuer Ausschuß wurde gewählt, in welchem ich, mit v. Buttell, Barth²⁾, Paur³⁾ und — v. Linde⁴⁾ die Minorität bildete. Benedey,

¹⁾ Ratprotokollist des obersten Gerichtshofes in Wien, Vertreter für Wien, Josefstadt, Unterstaatssekretär im Reichsministerium.

²⁾ Advokat in Kaufbeuren, Vertreter für Kaufbeuren.

³⁾ Oberlehrer in Reisse, 29. schlesischer Wahlkreis.

⁴⁾ Geh. Staatsrat in Mainz, 17. westfälischer Wahlkreis, einer der Führer der großdeutschen Ultramontanen.

v. Sommaruga¹⁾, Giskra²⁾, Hildebrand³⁾, Max Simon⁴⁾ und 5 andere waren die übrigen Mitglieder. Ich war der einzige, der unserem Kasino angehörte, von dem sich, infolge unseres Abfalls von Schmerling und den österreichischen Interessen, der „Pariser Hof“ — mit Welcker, Schmerling, Jürgens, Edel, Reichensperger, Sommaruga, tüchtigen Kräften — abgetrennt hatte. Nicht leicht war das Werk, die Parteien ganz zerfahren, wie die Präsidentenwahl zeigte, in der Simon, der fähigste Präsident, nur nach großem Kampfe mühsam durchgesetzt wurde. Um die österreichische Frage und die verwandte Oberhaupt-Frage mußte sich erst eine neue Partei sammeln. Dann aber mehrte sich der zu behandelnde Stoff. Schmerling reiste nach Kremsier und brachte eine Art Protest gegen das Gagernsche Programm mit: man wollte nichts von „gesandtschaftlichem“ Verkehr wissen, und verlangte Verständigung mit den deutschen Regierungen, „unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnehme“. In einem Schreiben an den Ausschuß (5. Januar 1849) erläuterte und modifizierte Gagern sein Programm mit einem Trumpf gegen das „allgemeine Vereinbarungsprinzip“ und die Hoffnungen auf das Scheitern des Verfassungs-Werkes^{*)}. Die Majorität ließ dann endlich einen längeren Aufsatz los, ihr Schreiber war Benedek, ihr talentvoller Redner Giskra. Sie wollte kein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Gagern und auch nicht dessen Programm. Die Minorität, deren Berichterstatter ich war, erlaubte sich in ihrem Berichte den Gedankengang des Ministeriums logischer zu ordnen, wollte aber auf Grund des Programms die Ermächtigung zum Verhandeln erteilen. Meinem Bericht^{**)}, dessen Autorchaft ich übrigens keineswegs allein in Anspruch nehme (M. Barth hat wesentlichen Anteil an der Redaktion)^{*)}, wurde von

1) Landrat in Wien, Vertreter für Eger (Böhmen).

2) Aus Wien, Vertreter für Mähriſch-Erübau.

3) Professor in Marburg, 8. kurheſſiſcher Wahlkreis.

4) Kammergerichtssaſſeſſor in Breslau, Vertreter für Wohlau (Schlesien).

*) Stenograph. Ber. der N.-B., Bd. VI, S. 2552—2554.

***) Stenograph. Ber., Bd. VI, S. 4544.

*) Als derselbe 1873, bei Gelegenheit der Reise des Deutschen Reichstags nach Wilhelmshaven, mein Gast war, behauptete er, auch Frau Ritter habe in der Minorität mit redigiert. Es fanden sich, seltsamerweise, damals 3 Mitglieder der Minorität von 5 nach 25 Jahren an meinem Tische zusammen: denn auch v. Buttler war (72 Jahre alt) anwesend.



kompetenten Urteilern das Lob einer tüchtigen Staatschrift.¹⁾ Gagern machte, bei Beginn der Debatte vom 11. Januar, unsern Antrag namens des Ministeriums zu dem seinigen; er ließ sich nur zu einer Bemerkung bewegen, daß eine Erklärung Österreichs nicht als bereits erteilt angenommen werde — eine Bemerkung, die darauf berechnet war, konservative Stimmen zu gewinnen, und der ein Amendement Wulffen²⁾ (unterstützt von Vincke, Graf Schwerin, v. Selchow³⁾ u. a.) folgte, das diese Erläuterung mit in den Antrag der Minderheit aufgenommen wissen wollte. Die Debatte währte 3 Tage. In der Mitte des zweiten hatte, außer 2 Ministern, noch niemand rein für die Minderheit gesprochen, infolge von Unredlichkeiten bei der Einschreibung nach für und wider. Ich hob das hervor und appellierte an die Billigkeit: gleiche Sonne und gleichen Wind in der parlamentarischen Schlacht zu geben. Ich wußte, daß das nicht geschehen würde, benutzte aber die Gelegenheit zu sagen, wir ständen in einer Kabinettfrage und „für oder gegen das Ministerium“ wäre der eigentliche Gegensatz. Es war ein Avis für die, welche in der österreichischen Frage nicht mit uns, doch den Sturz des Ministeriums nicht wollten. Gagern, in seiner Schlußrede, rechtfertigte es, daß das Ministerium mit der Annahme der Minoritätsanträge (mit oder ohne Wulffens Zusatz) stehen und fallen wolle. So wuchs die Bedeutung des Kampfes heran zu dem Anfang der Befreiung Deutschlands von der dreihundertjährigen Unterwerfung unter Österreichs außerdeutsche Politik.

Gagerns Rede war nicht so hinreißend wie im Vorparlament, aber die wirksamste, die er in der Paulskirche hielt. Als sie am 13. Januar, unter großer Bewegung der Versammlung, schloß, fühlten wir: sie hatte wahrscheinlich Stimmen erobert. An mich trat damit eine rasch zu beantwortende Frage heran. Ich hatte, weit von der Tribüne, im Hintergrunde die Tage über meinen Platz gehabt, um das Material zu sichten, das zum Schlußwort des Berichterstatters der Minderheit mir zuwuchs, und zum Teil

¹⁾ Vgl. auch das Urteil von B. Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche. 1888.

²⁾ Appellationsgerichtspräsident in Passau, Vertreter für Wolfstein (Bayern)

³⁾ Landrat in Nettlowitz, Vertreter für Lauenburg in Pommern.

durch beredtere Männer (Wurm, Beseler von Greifswald und Gagern) vorweg benutzt war. Konnte ich noch wirksam reden, mit meinem ohnehin geringen Talent? Vom Präsidenten aufgerufen, schritt ich langsam der Tribüne zu, meiner Freunde Meinung noch zu hören. „Verzichten“ hieß es, und ich hatte den guten Einfall, diesen Verzicht in einen Ausdruck der Zuversicht zu kleiden: Ihr habt uns gestern, mit Unrecht, Billiges versagt — dennoch ist die Schlacht zu unseren Gunsten geschlagen, es bedarf meiner nicht mehr. — Die nachteilige Situation, vor einer aufgeregten und schon ermüdeten Versammlung (es war Abend) zu reden, wälzte ich damit auf den Berichterstatter der Mehrheit. Dr. Giskras Beredsamkeit gelang es allerdings, die Aufmerksamkeit zu fesseln — aber wir hatten doch eine reine Majorität von 37 Stimmen.

Die „Teilung Deutschlands“ war bei dieser Gelegenheit (und, ich glaube, hier zuerst) das Steckenpferd, das die Gegner tummelten; als der alte Arndt für uns sein Ja gab, schrie es auf der Linken höhnisch: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Ein Ordnungsruf des Präsidenten wird die Auser wenig geschmerzt haben.

In der nächsten Sitzung — nur ein Sonntag lag dazwischen — begann die Debatte über den das Reichsoberhaupt betreffenden Teil der Verfassung.

Sie endete mit den bekannten Paragraphen, welche zwar die bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder unter einem Oberhaupt gelten ließen, aber in dem Satze „das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes“, mit dem Vorbehalte nur für Schleswig, doch eigentlich die österreichische Frage ungelöst ließ. — Bekanntlich waren diese Sätze wenigstens der Vorwand für Preußen, die Würde des Reichsoberhauptes und den Titel „Kaiser“ abzulehnen. In Wirklichkeit war es wohl der Respekt vor dem protestierenden Österreich, und die Abneigung gegen das allgemeine und direkte Wahlrecht und das, wenn auch abgeschwächte, suspensive Veto (§ 101), welches Friedrich Wilhelm IV. leitete.

Das Verdienst, Klarheit in die Stellung gebracht zu haben, welche der österreichischen Monarchie zu Deutschland möglich war, gebührt ohne Zweifel der Nationalversammlung. Mochten einzelne

Staatsmänner darüber früher klar gewesen sein; erst jetzt wurde die österreichische Frage im Volke aufgeworfen und diskutiert, erst jetzt schieden sich die Parteien, das Schlagwort „Großdeutsche“ wurde zuerst gehört, und aus denen, welche der Rechten angehörig den König von Preußen als Erbkaifer nicht oder noch nicht wollten, bildete sich ein Klub, der im „Pariser Hofe“ tagend und in der Versammlung die hintern Reihen des rechten Zentrums einnehmend vorzugsweise aus Österreichern und Bayern bestand. Aus unserm Kasino traten nicht wenige, darunter Sürgens, Heckscher, A. Reichensperger und Welcker, aus und in den neuen Klub über. Er wurde der Ausgangspunkt der Großdeutschen Partei, die in den nächsten 17 Jahren so Vieles verhindert hat, was für die Konsolidation der deutschen Dinge versucht wurde.

Welcker trat in der Paulskirche, in einem berühmt gewordenen Falle, von der Partei zurück. Als er am 12. März 1849 seinen dringlichen Antrag stellte, welcher in der Fassung, die ihm der Verfassungsausschuß gab, so lautete:

Die Reichsverfassung, wie sie nach der ersten Lesung durch den Ausschuß redigiert vorliegt, durch einen Gesamtbeschluß anzunehmen, mit den Modifikationen, daß „den österreichischen Bundesländern der Zutritt offen gehalten“ werde und, so lange er nicht erfolgt sei, eine Änderung in der Zusammensetzung des Staaten- und Volkshauses stattfinde, — die erbliche Kaiserwürde aber dem Könige von Preußen zu übertragen. — Da trat die österreichische Frage aufs neue auf, und in den Schlußabstimmungen vom 21. und 22. März standen Demokraten*), Österreicher, Großdeutsche und Ultramontane, vermehrt durch einige Sonderlinge (Cropp für Kniphausen) denen gegenüber, welche später abwechselnd Kleindeutsche, Kaiserpartei und „Gothaer“ genannt wurden.

Sensationell war der Eindruck, als allen unerwartet Welcker, und gerade er, den Antrag stellte, in einer Abstimmung Verfassung, Kaiserwürde für Preußen und temporäres Ausscheiden von Öster-

*) Inkonsequent war das Verhalten derer von der gemäßigten Linken, welche (16. November 1848), aus Anlaß der Erschießung Blums, eine Proklamation ans Volk, die nur ihre Spitze gegen die Gewalthaber in Österreich richtete, unterzeichnet hatten, und nun mit den österreichischen Partikularisten gingen.



reich anzunehmen. Fast einstimmig wurde, was in dieser Zeit nicht vorkam, ihm von der gespannten Versammlung das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gegeben. Der Antrag mußte siegen, wenn er auch nur die nichtösterreichischen Stimmen des Pariser Hofes für sich hatte. Ich sah mich nach ihnen, die hinter mir saßen, fragend um und erhielt von Eckart¹⁾ von Lohr, dessen militärische Gestalt die ganze Gruppe überragte, ein Zeichen, das so viel hieß als: wir wissen von nichts. Damit sank die Hoffnung; und in der Tat erfuhr man bald, daß Welcker nicht als Organ einer Partei, sondern auf eigene Hand seinen Antrag eingebracht hatte.

Nachdem der Verfassungsausschuß, durch den Berichterstatter Gabr. Riesser²⁾, den Bericht rasch erstattet hatte — jedoch nicht ohne 7 Sondergutachten der Mitglieder der Linken, teilweise in Verbindung mit Österreichern —, gingen noch zahlreiche Amendements, vom Pariser Hofe ein aufschiebendes, von der Rechten (v. Radowiz), ein solches, das die nichtzustimmenden deutschen Regierungen, Österreich nicht ausgeschlossen, im alten Bundesverhältnisse festhielt. Das letztere wurde später, vor der Abstimmung, zurückgenommen, in der dann Radowiz und Genossen mit uns, d. h. mit dem Verfassungsausschusse, gingen.

Die Debatte dauerte 3 Tage. Welcker eröffnete sie mit der ganzen Wärme, deren er fähig war. Radowiz hielt eine seine beststudierten Reden für sein Amendement: „Ich erachte für zulässig, den gesamten Verfassungsentwurf anzunehmen, da die Revision vorbehalten ist.“ Der Kern der Schwierigkeiten liege in der Oberhauptfrage, man könne sie nicht an Preußen mit einer Mehrheit weniger Stimmen stellen, eine Frist werde die Wege ebenen. Wurm dagegen zitierte M. v. Schenkendorf: „O werde endlich weiser, du Herde ohne Hirt, und wähl' dir einen Kaiser und zwing ihn, daß er's wird“; er erinnerte an Paul Pfizer, den württembergischen Minister, der schon 1830 das damals in Süddeutschland so fremd klingende Wort sprach: Daß Preußen an die Spitze treten solle, und 1845 wiederholt habe: Man fange ohne Österreich an, wenn man nicht aus lauter Deutschheit zu nichts Deutschem kommen wolle.

¹⁾ Rentbeamter in Lohr, Vertreter für Gemeinden (Bayern).

²⁾ Aus Hamburg, Vertreter für Lauenburg.

Römer rechnete sich zum Ruhme an, daß in diesem Falle die württembergische Regierung sich die Ansichten Pfizers nicht aneignete. v. Hermann¹⁾ fand inkonsequent, Gesamt-Österreich wegen seiner $\frac{3}{4}$ nicht-deutscher Bevölkerung nicht in den Bund ziehen zu wollen, da man doch an tausenden Dänisch- und hunderttausenden Polnisch-Redenden keinen Anstoß genommen habe. Er hatte das Amendement des Pariser Hofes gezeichnet. Karl Vogt brachte, mit guten und schlechten Witz, einen anderen Ton in die Verhandlung; er wollte, daß Österreich der Krieg erklärt werde, weil es mit seiner oktroyierten Verfassung sich vom Deutschen Bunde trenne. v. Wydenbrug²⁾: Nicht einer vorübergehenden Gefahr wegen sollen wir einen raschen Entschluß fassen, sondern weil längeres Zögern mit dem notwendigen Entschlusse so viel heißt, als die Erschlaffung im Volke vermehren und den feindlichen Mächten freien Spielraum lassen. Festes muß jetzt geschaffen werden, ein Provisorium engagiert niemanden, man blickt dann und strebt dem künftigen Definitivum zu. Weniger die preußische Dynastie, als den Staat Preußen stellen wir als Vorort an die Spitze. Da Österreich sich abgesperret hat, müssen wir ein Haus bauen auf festen Säulen, mit weit geöffneten Pforten. — Raveaux sprach für den Kaiser auf 6 Jahre (Antrag Bresgen³⁾. — Waiz: Sind wir nicht her geschickt, um ein Kleindeutschland zu machen, so sind wir es viel weniger, Deutschland an jene Völker des Ostens, jene fremden Slaven zu schmieden. Alle Rechte, die wir für den Bundesstaat vindicieren, sind in der österreichischen Verfassung für die österreichische einheitliche Reichsgewalt in Anspruch genommen; für unsere Reichsgewalt bleibt nichts übrig. Aber nicht einmal die auswärtigen Interessen sind beiden Reichen gemeinsam, wir haben z. B. nicht das Interesse, daß Italien abhängig und zerrissen bleibe; es ist nicht unser Vorteil, daß die Magyaren, dieser Keil im slawischen Stamme, herabgedrückt werden. Waiz erinnerte an die Politik der österreichischen Regierung und der Österreicher in der Versammlung. „Es ist unmöglich, daß ein Abgeordneter hier sitzt, der gekommen ist, um die österreichischen

¹⁾ Ministerialrat in München, 1. oberbayerischer Wahlkreis.

²⁾ Geheimer Staatsrat in Weimar, 1. sachsen-weimar. Wahlkreis.

³⁾ Aus Uhrweiler, 9. rheinpreußischer Wahlkreis.



Gesamtinteressen am Deutschen Reichstage zu vertreten“ — und doch werden zu diesem ausgesprochenen Zwecke Nachwahlen ausgeschrieben und eifrig betrieben! Mit großer Wirkung wandte sich Waiz gegen den Antrag des Pariser Hofes, den Heckscher mit einbrachte, der vor einem Jahre so sehr donnerte gegen das Lepelsche Promemoria¹⁾. — M. Mohl²⁾, Reh, Eisenmann³⁾, W. Beseleer hielt seine einzige große Rede, Ahrens⁴⁾, Bauer, Buß, Zittel⁵⁾, Fröbel, v. Reden⁶⁾, L. Simon kamen zum Wort, auch Dr. Berger⁷⁾, der spätere österreichische Minister, welcher damals noch zur äußersten Linken gehörte. H. v. Gagern hielt eine, durch Enthüllungen über die süddeutschen Bewegungen im März 1848 interessante Rede. Die Regierungen, außer Bayern, waren damals für die von Preußen formulierten Fundamentalsätze. Von der Linken wurde ihm bezeugt, daß er schon auf der Heidelberger Versammlung dafür geredet habe, der König von Preußen gehöre an die Spitze des deutschen Bundesstaats.

Während der Debatten erklärten von Würth und Arneht⁸⁾ ihren Austritt, da die neue österreichische Verfassung ihre Teilnahme an der deutschen Verfassung, die auf Österreich keine Anwendung finden könne, nicht zulasse; und protestierten 4 andere Österreicher gegen jene österreichische Verfassung, um sich das Recht, in der Paulskirche zu bleiben, zu wahren. Sie haben später außerhalb Österreichs eine Heimat gefunden, Matowiczki⁹⁾ lebt noch in Erlangen.

Als Berichterstatter redeten Römer, Schüler von Jena¹⁰⁾ und Riesser. Des letzteren mehrstündige Rede war glänzend. (Noch heute ist es ein Genuß, diese Rede zu lesen.) In einem minder

¹⁾ Vgl. oben S. 17.

²⁾ Moritz Mohl aus Stuttgart, württemb. Jagstkreis.

³⁾ Arzt in Nürnberg, Vertreter für Würzburg.

⁴⁾ Professor in Salzgitter, 9. hannoverscher Wahlkreis.

⁵⁾ Pfarrer in Bahlingen, 13. badischer Wahlkreis.

⁶⁾ Aus Berlin, 10. hannoverscher Wahlkreis.

⁷⁾ Aus Wien, Vertreter für Schöneberg (Mähren).

⁸⁾ Aus Wien, Vertreter für Neufkirchen (Nieder-Österreich).

⁹⁾ Professor in Krakau, Vertreter des Saazer Kreises.

¹⁰⁾ Oberappellationsgerichtsrat in Jena, 3. sachsen-weimar. Wahlkreis.

durch Parteilung zerklüfteten Hause hätte sie wirksam sein müssen, im vorliegenden Falle wird sie kaum mehr als einige Stimmen gewonnen haben. Der Linken war denn auch so unbehaglich bei der Stärke der Argumentationen, daß sie den Redner (was stets als Ungezogenheit gerügt war) durch Schlußrufe zu stören suchte.

Bekanntlich wurde der Antrag Welckers, modifiziert durch den Ausschuß, mit 283 gegen 252 verworfen. Vorher darauf gefaßt, hatten wir einen Rückzug auf einen, die Beratung beschleunigenden Antrag von Eisenstuck¹⁾ (Linke) ins Auge gefaßt, der wohl nur auf Stimmteilung berechnet war. Darauf gefaßt, daß Eisenstuck ihn, wenn er gewirkt, zurückziehen werde, hatten wir ein unscheinbares, parteiloses Mitglied²⁾ bestimmt, ihn dann aufzunehmen. So geschah es denn, und der Antrag Eisenstuck wurde angenommen*).

In Bezug auf diesen Vorgang gab ich eine Erklärung zu Protokoll, der so viele beitraten, als in der Eile zusammengerafft werden konnten — Arndt, Droysen, Dahlmann, Duncker, Kieffer u. a. —: Wir haben mit Ja gestimmt, ohne Eisenstucks Motive uns anzueignen; haben für Pflicht gehalten, den Versuch zu machen, auf dem von diesem Antrage bezeichneten Wege die Verfassung zur Annahme zu bringen. — Der angenommene Antrag ließ leider Amendements mit 50 Unterschriften noch zu.

Das Ministerium Gagern reichte am 22. März 1849 seine Entlassung ein.

Am 23. sollte das Abstimmen beginnen, doch brachten vorher (Claussen²⁾) und 50 Genossen die gesamte Fassung der ersten Lesung in einem Amendement wieder ein.

IV. Ende der Nationalversammlung und nächste Folgen.

(Heft 11 der Erinnerungen.)

Im raschen Gange der Abstimmungen, mit zum Teil geringen Majoritäten, waren bis zum 27. März die einzelnen Artikel und Paragraphen der Ausschuß-Redaktion angenommen. Zuletzt wurde

¹⁾ Aus Chemnitz, 18. sächsischer Wahlkreis.

²⁾ Es war der Weinbergbesitzer Dr. Bresgen von Uhrweiler.

* Eisenstuck selbst schämte sich nicht, gegen seinen Antrag zu stimmen.

²⁾ Obergerichtsadvokat in Kiel, 1. schleswig-holstein. Wahlkreis.

noch der begutachtende Reichsrat in einer Abstimmung ganz und gar verworfen, und kam dann der Antrag, auch das Wahlgesetz „wie solches aus erster Lesung hervorgegangen“ anzunehmen. In den Namen der Unterzeichner, Rösler von Dels¹⁾ und Biedermann, H. v. Mohl²⁾ und Giskra, sah man, daß es ein Werk der Koalition war. Dringlichkeits-Erklärung und Annahme waren denn auch das Werk weniger Minuten, und man war am Ende.

Es war denn auch zwischen den Parteien verhandelt worden. Heinrich Simon und seine Freunde offerierten ihr Mitgehen in wichtigen Fragen, wenn ihnen zugesichert werde, daß man die beschlossene Reichsverfassung als endgültig anerkennen, für etwa geforderte wesentliche Abänderungen nicht stimmen werde. Sie verlangten und erlangten dies schriftlich von etwa 80 Mitgliedern. Ob ich unter diesen gewesen, erinnere ich mich nicht bestimmt; der Tadel, der auf die Unterzeichner gefallen, als hätten sie ihre Überzeugung verkauft, schwächt sich aber oder verschwindet vor der Betrachtung, daß ihnen ja freistand, vor Abgabe eines ihrer Überzeugung nicht entsprechenden Voti auszutreten. Über die Gesamtannahme des Wahlgesetzes wurde ebenfalls verhandelt, und hier erinnere ich mich bestimmt, daß ich die Unterzeichnung ablehnte. Sänger-Grabow³⁾ ging mit mir und seinem Gewissen darüber zu Rate; ich sagte ihm: ich überwinde mich nicht; wenn Sie es tun, leisten Sie vielleicht dem Vaterlande einen Dienst.

(Heinrich Simon sagt in einer späteren Schrift⁴⁾, er habe 114 Unterschriften, fürs Festhalten des suspensiven Veto in der Verfassung und das Wahlgesetz, aus der „Weidenbuschpartei“ gehabt, darunter H. v. Gagern, H. Mohl, Welcker, Lette, Kierulff⁵⁾. „Nun konnten wir für den Erbkaiser stimmen.“)

Um das ganze Drängen zum Schluß zu erklären, muß man wissen, daß die Klubs der Rechten und des Zentrums, nach dem

¹⁾ 16. schlesischer Wahlbezirk.

²⁾ Professor in Heidelberg, Vertreter für Mergentheim, Reichsjustizminister.

³⁾ Vertreter für Wirsis (Posen).

⁴⁾ Joh. Jacoby, Heinrich Simon 2. Aufl. S. 277. Vgl. auch Wichmann a. a. O. S. 397 f.

⁵⁾ Oberappellationsrat in Rostock, 1. mecklenburg-schwerinscher Wahlkreis.

Ausscheiden des „Pariser Hofes“ und bei Beginn der 2. Lesung der Verfassung, sich unter einem allgemein gehaltenen Programm zusammentaten:

„Wir Unterzeichnete vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Konsequenzen des deutschen Bundesstaates im wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§ 2 und 3 vom Reich, des § 1 vom Reichstag und des § 1 vom Reichsoberhaupt als solche, welche nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegentreten, sie komme von welcher Seite sie wolle.“

Die vorstehenden Sätze wurden unterschrieben und eine „Ordnung“ für den „Verein zur Durchführung des Bundesstaats“ am 24. Februar 1849 im Saale des „Weidenbusches“ von ungefähr 200 Mitgliedern beschlossen. Auch von der bisher von Heinrich Simon geführten Partei „Westendhall“ traten einige zu, so Reh von Darmstadt, Nicol¹⁾ von Hannover, Federer²⁾ von Stuttgart.

Ich wurde Leiter der Versammlungen (weshalb ich auch noch einige Aktenstücke besitze), Biedermann mein Vertreter, dem ich, mürrisch wie ich war, sehr oft den Vorsitz überließ. „Der Weidenbusch“, wie die starke Partei meist genannt wurde, blieb etwa 2 Monate lang in Aktion und zerfiel erst nach und nach, als Hoffnungslosigkeit einriß und die Desertionen begannen. Das rasche Ende, das am 28. März eintrat, traf den Weidenbusch unvorbereitet. Auch der Verfassungsausschuß hatte noch nicht über die Form beraten, wie der Satz: „Die erste Wahl des Kaisers geschieht durch die verfassungsgebende Reichsversammlung“ zur Anwendung zu kommen habe. Gleichwohl war es nützlich, rasch voranzugehen, damit nicht neue Intriguen Zeit hätten, sich zu entwickeln, nicht noch mehr österreichische Stellvertreter einträfen. Ich beantragte also, und es wurde das für einen Antrag des „Weidenbusches“ von Vielen genommen: Sitzung morgen, Tagesordnung: Die

¹⁾ Vertreter für Hameln.

²⁾ Württemb. Neckarkreis.

Wahl des Kaisers. — Nach einigem Hin und Her*) blieb es dabei, nur sollte die Sitzung um 12 Uhr beginnen und der Verfassungsausschuß bis dahin einen Vorschlag unterbreiten.

Nachdem noch, in Verbindung mit den Formvorschlägen des Ausschusses, die Resolution angenommen war:

„Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands, großherzig und patriotisch, in Übereinstimmung mit der Nationalversammlung, die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden.“

begann der Namensaufruf und ergab die ziemlich anständige Majorität von 290 für den König von Preußen, während 248 sich der Abstimmung mit ausdrücklicher Erklärung enthielten. Unter jenen 290 waren einige unerwartete Stimmen, z. B. Mölling**), Közler (von Dels) und Zimmermann¹⁾ (von Spandau).

Der Präsident sprach: Gott sei mit Deutschland und seinem neugewählten Kaiser. Ein „Hoch!“ in der Versammlung und auf den Galerien, dann Geläute der Glocken und Kanonenschüsse.

Am Abend desselben Tages erklärte der Erzherzog Johann, daß er sich bestimmt finde, die Würde des Reichsverwesers niederzulegen. Eine große Verlegenheit war damit beseitigt, wenn es dabei blieb. Leider tat Präsident Simson nicht ohne weiteres, um was ihn der Erzherzog ersuchte. Statt der Nationalversammlung am 29. März die Eröffnung zu machen, machte er Gegenvorstellung, der Erzherzog beriet sich mit seinen Vertrauten und erklärte dann, er werde zurücktreten, „sobald es ohne Nachteil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands geschehen könne.“ Ob nicht die Kaiserkrone in Berlin annehmbarer befunden wäre, wenn sie zugleich mit der, in der provisorischen Zentralgewalt liegenden Macht geboten werden konnte?

*) Haym, Die National-Versammlung (Berlin b. H. Gaertner) sagt darüber: „Beistimmung, Widerspruch. Die Tribüne ist umlagert. Die Linke will allererst unverzügliche Publikation der Verfassung und des Wahlgesetzes. Streit über die Befugnis des Ministeriums dabei. Die Linke ist endlich beruhigt usw.“

**) Dieser pflegte H. Simon zu folgen.

¹⁾ Vertreter für Buckau (Brandenburg).

Unmittelbar nach dieser Eröffnung wurde der Nationalversammlung die Deputation nach Berlin genannt, in der sich neben Simson, E. M. Arndt, Dahlmann und Rieffer auch Rüder befand, vielleicht als Oldenburger, aber wohl auch als Kasino- und Weidenbusch-Borsteher dazu ausersehen. Ich freute mich dessen nicht, ich traute dem Könige nicht, in dessen Kopfe die Legitimität einen so großen Raum einnahm, und sehnte mich mehr nach Ruhe als nach inhaltsleeren Demonstrationen. Nach mehrtägiger Reise, auf der namentlich Hannover uns einen glänzenden Empfang bereitete¹⁾, kamen wir 2. April nach dem unter Belagerungszustand stehenden Berlin, offiziell nur von der Stadt und den Deputationen beider Kammern (darunter Flottwell und Vincke) empfangen. Besprechungen mit dem Grafen Brandenburg, derzeitigen Ministerpräsidenten, über Auredo und Antwort ließen erkennen, daß der König die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage auf Grund unserer Beschlüsse verheißten werde. Vincke wollte die Antwort des Königs kennen, sein gutes Gedächtnis rezitierte sie fast wörtlich. Es ist bekannt, daß sie anders lautete, den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten die Prüfung überlassen wollte, was die Verfassung wert sei. — Die Deputation glaubte sich zu einer Antwort ermächtigt, weil es ein Mißverständnis aufzuklären gab: Die Kaiserwahl war auf Grund der beschlossenen und als rechtsverbindlich angenommenen Reichsverfassung erfolgt; sie gab kein Recht („Unrecht“), wenn die Verfassung als ein bloßer Entwurf behandelt werden sollte. Das wurde auf einstimmigen Beschluß am 4. April dem preußischen Staatsministerium erklärt.

Die „Auffahrt“ zum Schlosse und der Empfang im Rittersaale geschah mit allem möglichen Pompe. Als, nach erteilter Antwort, der König Cercle machte, kriegte er zum Teil furiose Antworten, und seine Schlagfertigkeit ging in sichtbare Verlegenheit über, so sehr, daß er mit der Hand sein großes Ordensband zerfnüllte. Mein Nachbar, der ehemalige Bandalen senior Sprengel aus Mecklenburg²⁾, wünschte ihm gerade heraus „mehr Courage.“

¹⁾ Wichmann a. a. O. S. 386 berichtet im Gegentheil über auffälligen Mangel an Begeisterung in Hannover.

²⁾ Aus Waren, 7. mecklenburg-schwerinscher Wahlkreis. Rüder irrt hier; Albert Sprengel, gestorben 1854 als Stadtrichter in Waren, war 1830 Mitglied der Guesphalia-Heidelberg gewesen.



Die Einladung zum Diner nach Charlottenburg wurde nur aus Höflichkeit angenommen, es herrschte eine Leichenmahlsstimmung; offenbar wagte der König keinen Toast auszubringen aus Furcht vor der verstimmenden Antwort. Abends eine kalte Schaustellung im Opernhause — ich schlief ein unter der Musik und den Sprüngen einer berühmten Tänzerin. In der Soiree beim Prinzen von Preußen war es gemütlicher — aber es litt uns doch nicht mehr in Berlin, ein angebotenes Fest der Stadt wurde abgelehnt, die Abreise auf den 5. unverrückbar angesetzt und der Vorabend in den Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses verbracht. Ich fand Zeit, am 4. ein paar Stunden bei Trendelenburg zuzubringen; aber ich war so herunter, daß, als mir da unerwartet die Witve von Bernh. Becker begegnete, die mir doch wenig nahe gestanden, ich in Weinen ausbrach.

Nach Frankfurt zurückgekehrt und bei dem kranken Simson zur Beratung unseres Berichts versammelt, erhielten wir durch Gagern die Nachricht von dem, am 5. bei Eckernförde von 2 Hauptleuten erfochtenen Siege über die dänischen Kriegsschiffe¹⁾. Ein erquickender Hauch durch die Schwüle der Tage! Wir hatten im wesentlichen umsonst gearbeitet. Zwar hatte die Verfassung Mängel, sie waren meistens dadurch entstanden, daß eine widernatürliche Koalition die Verfassungspartei einzeln überstimmt hatte. Diese Mängel waren im nächsten Reichstage, wo die pessimistisch stimmenden Österreicher fehlen mußten, zu beseitigen; und trotz des gefährlichen Wahlgesetzes konnte dessen Zusammensetzung befriedigen, wenn in der Zeit der Freude über das errungene Gut die Wahlen erfolgten. Aber in Berlin wollte man nicht das Kleinere wagen, weil man für das Größere, die Vernichtung der Erwartungen der Nation, kein Gefühl hatte. Die äußeren Gefahren waren in der That geringer, als man vorgab: Frankreich in der Umbildung von Republik zum Cäsarismus, Österreich zerrieben von äußeren und inneren Feinden, und Rußland, schon in Siebenbürgen eingerückt, beschäftigt, im Orient zu fischen. Österreich in der That antwortete

¹⁾ Vgl. dazu den wundervollen Aufsatz Heinrich von Treitschkes (Historische Zeitschrift 76, 238 ff. und Historische und politische Aufsätze IV, 467 ff.), die letzte Vorarbeit zum 6. Band seiner deutschen Geschichte.

auf das schwächliche Zirkular vom 3. April schon am 8. mit einem Proteste gegen das daraus abgeleitete „Unrecht“. Aber, wenn es noch möglich war, daß hierdurch der preußischen Regierung und dem Erwählten der Paulskirche die Augen geöffnet würden, so war dazu die Erklärung von 28 der kleinsten Regierungen, Baden (Welcker), Hessen (Wippermann), Darmstadt (Eigenbrodt), Nassau (Hergenhahn), Weimar (v. Watzdorf), Altenburg (v. der Gabelentz), Meiningen (Sebeck), Oldenburg (Mosle), Schleswig-Holstein (Francke) usw. geeignet. Sie anerkannten am 14. April 1849 in einer Kollektivnote an Preußen die Reichsverfassung und die Wahl der Nationalversammlung, überzeugt, daß alle Regierungen, denen der Bundesstaat nicht gegenwärtig unmöglich sei, sich ihnen anschließen werden. Am 17. April erklärte Preußen, noch ein wenig warten zu wollen, bis es weiteren Entschlüssen die Tatsache zugrunde lege, „daß die Zustimmung größerer deutscher Staaten“ fehle. Für die Ohrfeige, die man vom Feinde in Wien eingesteckt, gab man den 28 kleinen treuen Bundesgenossen eine Malice zu kosten. Und das sollte Politik sein.

Uns erwuchs die neue Verpflichtung zum Temporisieren. Sie wäre leicht zu erfüllen gewesen, wenn nicht, neben einzelnen der Unseren, viele Österreicher in der Stille abgezogen wären. Als am 23. eine wichtige Verhandlung begann, waren die Bänke des Pariser Hofes und der ehemals Bindschens Rechten sehr geleert. Eine Menge von Anträgen auf Durchführung der Verfassung gegen die renitenten Regierungen abzuschlachten, gelang diesmal noch. Der Schubert'sche¹⁾, eigentlich von Mathy ausgegangene und von ihm glänzend verteidigte Antrag, der zur Annahme kam, war der letzte reine Sieg der Zentren, bei dem keine Spur einer Koalition mit der Linken vorlag. Er richtete an die nicht anerkennenden Regierungen (Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg) die Aufforderung, „sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu tun, geschmälert oder entzogen würden,“ namentlich Ständeversammlungen nicht zu vertagen, sondern zu berufen, usw. — Inzwischen war jedoch eine bayrische Note eingegangen, welche die Anerkennung ablehnte,

¹⁾ Professor in Königsberg i. Pr., Vertreter für Ortelsburg.



hatte in Berlin Graf Brandenburg das berüchtigte „Niemals“ gesprochen und war, auf einen oppositionellen Beschluß, den in seiner Tendenz auch Vincke¹⁾ glänzend verteidigt hatte, die zweite Kammer aufgelöst. Es folgte die Auflösung der sächsischen Kammer — welche in der Nationalversammlung drei dringliche Anträge auf Tadel und Aufforderung der noch bestehenden gesetzlichen Organe des sächsischen Volkes, dessen Willen in der deutschen Verfassungssache kund zu tun, zur Folge hatte. Sie wurden zwar, als Wiederholungen des Beschlusses vom 26. April, durch motivierte Tagesordnung beseitigt, die Lage indessen nicht gebessert, zumal am 28. April das preußische Ministerium mitteilte, daß der König sich entschlossen habe, „die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung ihm dargebotene Kaiserwürde abzulehnen.“ Ein gleichzeitig an die deutschen Regierungen erlassenes Zirkular, in welchem Preußen den übrigen Regierungen „seine etwa gewünschte und erforderliche Hilfe“ gegen revolutionäre Bestrebungen in Aussicht stellte, kam mit einem Proteste der Centralgewalt am 4. Mai in die Versammlung, in dem Augenblick, als diese in die Verhandlung über den Wydenbrug'schen Antrag eintrat. Beckerath hatte diesen Antrag im Weidenbusch bekämpft, er drang nicht durch und trat deshalb (am 4.) aus der Versammlung und dem Reichsministerium aus. (Er schied mit Tränen, als er mir seinen Abschiedsbesuch machte.)

Der Antrag, wie er aus dem Ausschusse hervorging, sucht die vom König abgelehnte Würde bei der Macht Preußen festzuhalten, sucht die Mittel zur Durchführung in Anlehnung an die konstituierten, gesetzlichen Gewalten. Freilich stand unmittelbar daneben ein Appell an „das gesamte deutsche Volk“ und diese Zweideutigkeit verlor dem Antrage manche Stimme Konservativer (Graf Giech²⁾, Gysä³⁾, Rotenhan⁴⁾), die sonst mit uns gingen. Mit zwei Stimmen Majorität ging endlich der Antrag durch, welcher aus der Notlage des Vaterlandes der Nationalversammlung das Recht vindizierte, die Wahlen zum ersten verfassungsmäßigen Reichstage

¹⁾ Der inzwischen einen Sitz in der preußischen Kammer eingenommen hatte.

²⁾ Aus Thurnau, 3. oberfränkischer Wahlkreis.

³⁾ Rittergutsbesitzer in Strehlow, Vertreter für Prenzlau (Brandenburg).

⁴⁾ Gutsbesitzer in München, Vertreter für Nördlingen.

auszuschreiben, diesen zu berufen (auf den 22. August 1849) und, falls Preußen auch bis dahin nicht anerkannte, die Oberhauptrechte dem Könige des größten anerkennenden Staates, als Reichsstatthalter, übertrug.

Die weitergehenden Anträge der Linken wurden verworfen. Dennoch wurde unser Beschluß im Sinne der Linken interpretiert und auch zur Justifikation von Unruhen benutzt, die bereits, in Sachsen und der Pfalz, im Zuge waren, als er gefaßt wurde. Dem preußischen Schwerte, das seit dem 28. April gezogen war, war die Gelegenheit zum Einhauen gegeben. Man weiß, wie sie, zunächst in Dresden, benutzt wurde. Die Zentralgewalt hatte die Preußen nicht gerufen, ihr war damit ins Gesicht geschlagen. Und daß auf Bayern nicht, im Sinne unserer Anträge, zu rechnen war, zeigte (7. Mai) der motivierte Austritt damaliger und künftiger bayrischer Minister (v. Beisler¹⁾, v. Schrenckh, Rylander²⁾, v. Neumayer³⁾, Daxenberger⁴⁾.

Das Ministerium Gagern entwarf ein Programm, nach dem die Zentralgewalt eine vermittelnde Stellung da einnehmen wollte, wo der Kampf schon entbrannt war. Der Erzherzog verweigerte die Genehmigung und das Ministerium Gagern trat definitiv ab, um einem Ministerium Grävell Platz zu machen.

Im Weidenbusch wurde mir noch, als Simson krankheitshalber das Präsidium niederlegte, das Kompliment, daß Waitz vorschlug, mich zum Präsidenten zu wählen. Ich sprach dagegen, weil ich mich nicht kräftig genug fühlte, hervorhebend, daß der Schwerpunkt der Versammlung weiter nach links geraten sei und deshalb die Wahl Nehß, der uns angehöre und der Linken näher stehe, passender sei. Nehß wurde wirklich gewählt, erhielt aber nur 23 Stimmen mehr als Löwe-Galbe. Er mahnte zum Ausharren und zur Besonnenheit, und daran, daß wir nicht berufen seien, Revolution zu machen, sondern sie zu schließen.

1) Minister des Innern, 3. bayerischer Wahlkreis.

2) General, 5. oberbayerischer Wahlkreis.

3) Ministerialrat, 10. oberbayerischer Wahlkreis.

4) Ministerialrat, 9. oberbayerischer Wahlkreis.

Dem Antrage, dem schweren Bruche des Reichsfriedens durch die preußische Regierung alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzusetzen, konnten am 10. viele von uns (Kieffer, Biedermann, Kerst u. a.) nicht mehr widersprechen; er ging mit 188 Stimmen durch, und bald begann das Austreten großer Gruppen von Abgeordneten, besonders aus den östlichen preußischen Provinzen. Als aber, nach der offiziellen Proklamation des Ministeriums Grävell-Jochmus-Detmold-Merck¹⁾ der Reichsverweser ein Mißtrauensvotum ignorierte, und die Linke dessen Absetzung verlangte, hatten wir nur den Antrag auf Tagesordnung, nichts Positives, entgegenzusetzen. W. Jordan sprach, am 18. Mai, unsere verlorene Stellung aus. Seine Worte waren fast eine Prophezeiung auf 1867 oder 1871. Für den Moment sind wir besiegt, gestorben am getäuschten Vertrauen. Wir waren ein Echo der Volksstimme, die vor dem Throne stehen blieb, nach unseren Erfahrungen weiß die Nation, woran sie ist. Uns bleibt nur, gegen Sie, die Sie den Unfug in Baden decken möchten, rein verneinend anzukämpfen, wenn wir auch das nicht mehr können, unsere Stellung aufzugeben. Wenn einst am Himmel Deutschlands wieder die Versöhnung strahlt, wird unsere Partei siegreich auferstehen und von der Nation erkoren werden als Bannerträgerin der deutschen Einheit und Freiheit. — Unsere Negation reichte nicht mehr aus, da nach der Annahme des Ministeriums Grävell, und der Beibehaltung desselben auch gegen ein direktes Mißtrauensvotum, selbst Biedermann einen Antrag auf Beseitigung des Reichsverwesers und Wahl eines Reichsstatthalters gestellt und Welcher ihn befürwortet hatte, der mit Hilfe der Linken durchging. Aus dem „Kasino“ stimmte nur Zittel für denselben. Der „Weidenbusch“ hatte seine Bedeutung verloren, wir besprachen uns wieder im Kasino.

Die Frage des Austritts war in einer Kommission schon vor dem eben gedachten Beschlusse erörtert. Sie mußte wieder aufgenommen werden, als zum Teil infolge der Abberufungen der Regierungen, zum Teil aus tiefer Verstimmung die Einzelaustritte sich mehrten und die Konservativen schwächten, und als der Beschluß

¹⁾ Aus Hamburg, Vertreter für Hamburg.

vom 19. Mai das Bleiben als gefährlich für die Personen (daß die Aufstände in der Pfalz und Baden sich über Hessen, Nassau und Frankfurt verbreiten würden, erschien während einiger Tage als wahrscheinlich) und als schädlich für die gemeinsame Sache erweisen konnte. Zu den „Ausreißer“ Gescholtenen gehörte Fr. v. Raumer, der noch kürzlich im Weidenbusch sein Motto Nil desperandum uns so tapfer zu Gemüte geredet hatte. Ausreißer waren aber nicht die, welche in der Zahl von 65 den Austritt, als einen politischen Akt, als ein Gebot patriotischer Pflicht vollzogen, und zu denen Dahlmann, die Gagern, G. Bessler, Simson, Arndt und Mathy gehörten.¹⁾ Es wurde über diesen Schritt 2 Tage lang im Kasino gestritten. Die Gründe der Austretenden sind bekannt gegeben; der wichtigste war wohl, daß die Autorität einer Versammlung, deren fast einstimmiges Botum nicht einmal das Ministerium Grävell beseitigen konnte, vollständig gebrochen sei. Eine Minorität von 38 im Kasino war anderer Ansicht, von der aber noch einige, Dahlmann voran, abbröckelten, so daß ich, namens derselben am 21. redend, nur dreißig als bei mir stehend bezeichnen konnte. Wir konstituierten uns neu, den Vorstand bildeten Soiron, Stahl²⁾ und ich. Unsere Gründe zum vorläufigen Aussharren waren: Wenn wir die Versammlung beschlußunfähig machen, machen wir unmöglich, daß feierliche Verheißungen vom März v. J. erfüllt werden, entziehen wir dem Volke das einzige legitime Organ, das eine (erwartete) oktroyierte Verfassung billigen oder verwerfen kann, berauben wir uns der Möglichkeit, den die revolutionären Bewegungen fördernden Schritten der Linken verneinend oder mäßigend entgegenzutreten. Endlich ließen wir die Vertreter der 28 Regierungen im Stiche, die mit uns unsere Politik gemacht hatten. Einem Vertagungsantrag, der vom Nürnberger Hofe (Fallati³⁾ und Genossen) ausging, zu unterstützen, hielten wir noch für geboten.

Die Vertagung wurde nicht für dringlich erklärt, der Antrag auf Herabsetzung der Zahl, welche die Versammlung beschlußfähig

¹⁾ Auch Levertus gehörte dazu.

²⁾ Professor in Erlangen. Vertreter für Ellingen (Bayern).

³⁾ Professor in Tübingen, Vertreter für Herrenberg und Horb (Württemberg).

machte, von 150 auf 100 kam in den Vordergrund. Wir bereiteten den Beschluß, indem mehr als 10, statt zu verneinen, die Versammlung verließen, so daß bei der Abstimmung nur 140 anwesend waren. Am 24. Mai waren gerade 150 bei der Abstimmung. Tappehorn¹⁾ sollte fehlen — der ultramontane Buß hatte mir ausdrücklich versprochen, dafür zu sorgen, es aber anscheinend verjäumt. Hinter diesem Beschlusse stand der der Übersiedelung nach Stuttgart, der am 30. erfolgte. 21 Mitglieder vom Augsburger Hofe antworteten mit dem Austritt schon auf den ersteren²⁾.

Unsere neue Klub-Gruppe kam nicht mehr zur Wirksamkeit. Mein Vorstands-Kollege Stahl eröffnete mir, daß auch er und seine Freunde aus Bayern in den nächsten Tagen ebenfalls austreten würden, was sie denn auch schon am 24. taten. Als ich selbst am 22., zunächst mit Urlaub, in die Heimat reiste, brauchte ich nicht zu besorgen, daß ich etwas verjäume. Ich hielt allerdings schon für wahrscheinlich, daß ich nicht zurückkehren würde, glaubte aber meine Gründe mündlich in Oldenburg erörtern zu sollen, da eine Adresse gegen den Austritt, von einer ziemlich besuchten Volksversammlung beschlossen, an mich gelangt war. Strackerjan hatte, auf meine Veranlassung, am 30. eine Versammlung berufen. Ich expektorierte mich in derselben, erklärte aber auch (gegenüber dem Drängen von Wibel³⁾ und Genossen, daß ich nach Frankfurt zurückkehren möge), daß ich jetzt, nach dem Beschlusse vom 24. Mai, zum Austritte entschlossen sei. Da auch v. Buttler am 26. definitiv austrat, war die Frage der Neuwahl, die ich meinen politischen Freunden im oldenburgischen Ministerium, Schloifer und Zedelius, gern noch kurze Zeit gespart hätte, nicht mehr zu umgehen. Daß ich nun fleißig „Ausreißer“ geschimpft wurde — in der Bremer Zeitung, den Fr. Blättern, dem Beobachter — versteht sich von selbst.

¹⁾ Obergerichtsadvokat in Wechta.

²⁾ Als Frankfurt bald darauf durch die Aufstände in Baden und in der Pfalz selbst bedroht schien, sandte Rüder seine Familie in die Heimat zurück. Er selbst nahm Quartier in der geräumigen Junggesellenwohnung seines Freundes Langerfeldt, der am 21. mit austrat.

³⁾ Dem politischen Gegner Rüders in Oldenburg, gegen den Wibel seinerzeit in Göttingen auch die Hochverratsuntersuchung zu führen gehabt hatte.

Vom 6. Juni an übernahm ich wieder die Neuen Blätter, in deren Redaktion mich Bartelmann (damals Kolloborator) vertreten hatte. Ich hatte, infolge der Heße, welche die demokratischen Wortführer (Dr. Böckel, Rat Wibel, Landvogt Schmedes, Barbier Galberla u. a.) eröffneten, Gelegenheit, in den N. Blättern für den Standpunkt der alten Frankfurter Majorität zu streiten, und ich kann mir, nach mehr als 20 Jahren, wohl das Zeugnis selbst geben, daß es mit Geschick und mit Würde geschah. — Man konnte sich indessen nicht lange dabei aufhalten, da die deutsche Frage in neuer Gestalt auftrat und im Kleinstaate das neue Verfassungsleben auftrat. An der Gothaer Versammlung, die etwa 130 Männer aus dem „Weidenbusch“ vereinigte, nahm ich nicht Teil; ich hatte zu wenig Hoffnung eines Erfolges und zu viel Nachwehen von Frankfurt. Zu letzteren rechne ich auch die Opfer am Vermögen.¹⁾

Es fehlte der Mut, nur die 50 Th. auszugeben, die die Reise zum Gothaer Tage kosten mochte. Ich bin übrigens — obwohl es mir etwas früh schien, die Unmöglichkeit, die Reichsverfassung durchzuführen, schon Ende Juni anzuerkennen, und nicht recht schicklich für die Väter der Reichsverfassung, schon damals auszusprechen, daß in dem Verfassungs-Entwurfe, den Preußen mit Sachsen und Hannover geboten hatte, der Kern der Reichsverfassung enthalten sei — den Bahnen gefolgt, welche die „Gothaer“ vorzeichneten. Das heißt: ich habe den Entwurf der Union nicht apriori verworfen, habe die Unionspolitik der Oldenburger Regierung²⁾ (Mosle war ins Ministerium aufgenommen) in der Presse und im Landtag vertreten, an den Wahlen teilgenommen und mich selbst zur Wahl fürs Volkshaus wieder gestellt. Es wurde von den Wahlmännern, nach Vorschrift des Wahlgesetzes, öffentlich gewählt, ich gab mir selbst meine Wahlmännerstimme und wurde so einstimmig*) ins Volkshaus gewählt. Das war nur möglich, weil

¹⁾ Das im Februar 1848 gekaufte Haus mußte leer stehen, während die frühere Wohnung nicht aufgegeben werden konnte und das Leben in Frankfurt eine dritte Haushaltung erforderte. Die Praxis war ebenfalls in der Zwischenzeit zum größten Teil vollständig abgebrochen und verloren.

²⁾ Vgl. Rütthing, Old. Gesch. II, 569.

*) Es fehlten nur einige Eutiner Stimmen; aber die hatten gar nicht gewählt.



die Demokraten die Parole ausgegeben hatten, sich der Wahl zu enthalten. Neben mir wurden E. Zedelius und W. Selmann gewählt, der im November als Minister zurückgetretene Staatsrat Schloifer vom Großherzog ins „Staatenhaus“ entsendet. Bei furchtbarem Schneewetter zogen wir am 16. März 1850 zusammen aus, in Wunstorf, Braunschweig, Magdeburg stießen die wiedergewählten „Frankfurter“ zu uns — nicht in Hannover, denn das Stüve'sche Ministerium war schon wieder von dem von ihm vereinbarten Entwürfe abgefallen und liebäugelte mit Oesterreich und seinem Interim.

Man kann sich kaum einen größeren Gegensatz denken, als die Versammlungen von Frankfurt und Erfurt darboten. Letztere zerfiel in 2 Häuser: Staatenhaus und Volkshaus, und der Verwaltungsrat der verbündeten Regierungen (präsi diert vom damaligen Intimus des Königs, J. v. Radowiz) stand ihnen gegenüber. Ich rede weniger vom Staatenhause, einer Sammlung von Ministern und Exministern, als Sauerteig darunter einige tüchtige Professoren: Dahlmann, Baumstark¹⁾, v. Sybel²⁾, als vom Volkshause, dessen Mitglied ich war. Hier bildeten die Rechte die preußischen Minister Manteuffel, von der Heyd und Graf Brandenburg, mit ihrem Anhang von Geheimen Räten, Landräten und Offizieren. Professor Stahl aus Berlin³⁾ sprach in deren Namen elegante Abhandlungen, O. v. Bismarck⁴⁾ und Manteuffel führten ihre Debatten. In besonderen Fragen wurden sie von der kleinen Gruppe Ultramontaner unterstützt, aber auch mit diesen zusammen war die Rechte in der Minorität. Die Linke, wenn man die Verfassungspartei so nennen will, enthielt die Männer der Rechten von Frankfurt und die preußischen Exminister L. Camphausen, v. Bodelschwingh^{*)} und H. v. Auerswald, ferner die Angehörigen des ehemaligen Reichsministeriums: beide Gagern, Mathy, Bassermann, v. Beckerath und Mevissen. Unser Frankfurter Parteigenosse, Graf G. Keller, hatte

¹⁾ Aus Heidelberg.

²⁾ Aus Marburg, Vertreter des hessischen Landtags im Staatenhaus.

³⁾ Friedrich Julius Stahl, Professor in Berlin, wissenschaftlicher Führer der konservativen Partei in Preußen.

⁴⁾ Damals Abgeordneter für Westhavelland im Volkshause.

^{*)} Dieser gehörte jedoch nicht zum Klub im Bahnhofs.



uns im Bahnhofsgebäude das beste Lokal vermittelt, und im benachbarten Silberschen Gasthause war unser Hauptquartier. Ohne Zweifel wäre Graf Schwerin, der schon in Berlin präsidirt hatte, der Rechten genehmer gewesen; wir wählten aber, der Kontinuität mit der Nationalversammlung wegen, Ed. Simson zum Präsidenten. Gleicher Rücksicht werde ich es zuzuschreiben haben, daß ich Vizepräsident wurde, der kurhessische Exminister Schenk zu Schweinsberg nahm die andere Stelle ein.

Da auch im Staatenhause die Verfassungsfreunde die Mehrheit hatten, so war eine Verständigung über den einzuschlagenden Weg leicht möglich. Wenn schließlich nichts aus der Union wurde, so hat der Erfurter Tag keine Schuld, seine Wege waren loyal, patriotisch und zugleich sehr klug. Man erinnere sich:

Im Mai 1849 hatten Preußen, Sachsen und Hannover in ihrem Bündnisvertrage sich verpflichtet, „dem deutschen Volke eine Verfassung nach Maßgabe des, unter ihnen vereinbarten und dem Vertrage beigeflossenen Entwurfs, zu gewähren.“ 10 Monate später, am 20. März 1850, wurde die Erfurter Reichsversammlung eröffnet, als schon Hannover und Sachsen nicht recht mehr mittun wollten und, infolge der vorgeschrittenen Reaktion, auch Preußen sein eigener Entwurf nicht mehr recht war. Ihnen und den etwa weiter ablenkenden Regierungen (in Kurhessen war eben wieder Hassenpflug ans Ruder gekommen) sollte nicht, durch Abänderungen des Entwurfs, der Vorwand gegeben werden, daß eine Verfassung aus der Reichsversammlung hervorgegangen sei, welche nicht „unter ihnen vereinbart“ worden. So wurde denn beschlossen, dem Entwürfe der Regierungen und der denselben interpretierenden Denkschrift, sowie dem Wahlgesetze, die volle und unbedingte Zustimmung zu geben, und dann bestimmten Änderungen, wenn ihnen die Regierungen beitreten sollten, ebenfalls zuzustimmen.

Daß die preußischen Minister und Radowiz diesem Verfahren eifrig opponierten, zeigt am deutlichsten, daß sie entweder mala fide in die Verhandlungen eingetreten waren, oder während derselben entdeckten, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht mehr mit ihnen gehe. Die letztere ihnen günstigere Deutung erhielt eine Stütze durch die häufigen Zwischenreisen nach Berlin.



Man erkannte nach und nach die Ausichtslosigkeit der mühsamen Arbeit, und das wirkte natürlich ungünstig auf die Stimmung. Von kleineren Ereignissen habe ich nur behalten: 1. einen Osterausflug nach Eisenberg, bei dem der Pfarrer Frommelt¹⁾ in Ekdorf am Charfreitag bei der Ausarbeitung der Osterpredigt gestört wurde; 2. eine Tour mit Vielen nach den Umgebungen von Weimar, die mit Besuch des Theaters schloß — Exzellenz Bodenschwingh fuhr auf dem Bock beim Kutscher durch die Großherzogliche Residenz —; 3. ein Fest, das Häuffer²⁾ den Parteigenossen gab, als ihm seine badischen Wähler ein Faß „Markgräfler“ gespendet hatten, und bei dem der Wirt und v. Soiron als Weinschenken fungierten. Es war durch Toaste gewürzt, die an die besten Zeiten erinnerten. — Meine Rolle als Vizepräsident gab mir übrigens auch Zutritt zu Radowizs offiziellen Diners, wo es aber mehr langweilig war, so fein auch Frau von Radowiz repräsentierte.

Ich merke noch über Erfurt an, daß v. Bismarck-Schönhausen Sekretär war. Im folgenden Jahre (1851) trat er in die praktischen Geschäfte ein, in denen er zum großen Staatsmann erwuchs.

¹⁾ Alter Jenaer „Germane“.

²⁾ Professor in Heidelberg.



II.

Pro memoria des Landwührder Amtsvogts Queccius für das Landgericht im Jahre 1668.

Von Pastor D. Ramsauer, Dedesdorf.

Unter den Papieren von zwei alteingesessenen Landwührder Familien fanden sich zwei ziemlich gleichlautende Konzepte von der Hand des Amtsvogts Nikolaus Christian Queccius vom Jahre 1668. Er war, wie auch der Oldenburger Kalender von 1791, dessen Angaben über seine Vorgänger übrigens viele Lücken und Irrtümer enthalten, kurz angibt, von 1657 bis 1677 in Landwührden. Er wurde nach dem Kirchenbuch 1657 am 4. Juni, sancti Johannis Baptistae festo, durch seinen zum Kommandanten von Ovelgönne bestellten Vorgänger, Rittmeister Andreas Schwarz, in Ihrer hochgräflichen Gnaden Namen „zum Ampts-Vogt vorgestellt,“ was Pastor Spießmacher mit einem quod felix faustumque sit begleitet. Sein Vater war, wie das Kirchenbuch gelegentlich bemerkt, der kaiserliche immatriculierte Notar und hochgräflich oldenburgische Landgerichts- und Konsistorialsekretär Conrad Balthasar Queccius zu Tever gewesen, wie es scheint ein Bruder des dortigen Superintendenten Baed. Im Jahre 1673 wurde ihm „das Prädikat Amtsverwalter“ gegeben. Sein Tod findet sich im lückenhaften Beerdigungsregister nicht. Sein Nachfolger Michaelsen wurde 1677 Freitags vor Pfingsten zum Amtsverwalter durch den Regierungsrat von Petkum „allhie in der Pastorei dem Land vorgestellt.“ Seine Witwe blieb in Dedesdorf wohnen, wo er Landbesitz erworben hatte. Sie starb 1701 „eines gewaltsamen Todes,“ wohl durch Selbstmord, da sie auf Befehl des Konsistoriums auf dem Kirchhof beigesezt wurde, nicht in der Kirche, wie ihr als Witwe des Amtsverwalters gebührte. Eine der Töchter des Nikolaus Christian Queccius und die einzige Tochter seines gleichnamigen Sohnes

